

Dietmar Wittich

Berichte aus der sozialen Hängematte

Sozialpolitische Themen
in der öffentlichen Meinung

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte 46

Rosa-Luxemburg-Stiftung

DIETMAR WITTICH

Berichte aus der Sozialen Hängematte

Sozialpolitische Themen in der
Öffentlichen Meinung

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 46

ISBN 3-320-02946-0

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2003-11-17

Umschlag: Heike Schmelter

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung: Von Reformen zu »Reformen«

1. Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit – Ist die Lage besser als die Stimmung
2. »Wir versaufen unser' Oma ihr klein Häuschen ... «
3. Ist Gesundheit Privatsache?
4. Rechnen schwach: Über Subventionen und Steuern
5. Neoliberales: Das Abgelehnte erhält den Zuschlag

Tabellenanhang

Meinem Freund, Kollegen und langjährigem Partner
Michael Chrapa (1950-2003) gewidmet

Die Studie wurde im Rahmen des Projektes »Politische Landschaft:
Meinungsbilder und politische Akteure in Veränderung« erarbeitet,
das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird.

Einleitung: Von Reformen zu »Reformen«

Menschen können sich in unserer komplizierten Welt mit ihrer Flut an Informationen und Botschaften nur orientieren, wenn sie sich solcher Deutungsmuster bedienen, die ihnen helfen, sich zurecht zu finden. Es handelt sich dabei um relativ stabile Denkformen, die es ermöglichen, die Dinge zuzuordnen und sie nach Bedeutung zu unterscheiden. Sie werden oft als Klischees bezeichnet oder als Vorurteile denunziert (was sie *auch* sind). In der Sprache der Wissenschaft heißen diese Deutungsmuster »Topoi«, vererbte oder sozialisierte Denk- und Sprachformen, die sozial unterschiedlich verteilt sind, sich als außerordentlich stabil erweisen, aber auch kulturellen Modeströmungen unterworfen sein können.

Eines dieser Deutungsmuster besagt, Deutsche seien fleißig, ordentlich und pünktlich, oder sie sollten es sein. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich dazu allerdings als Gegenstück ein anderes Deutungsmuster gesellt: Deutsche seien leistungsfeindlich, anspruchorientiert und lebten vorzugsweise auf Kosten der Allgemeinheit. Mit der Stabilisierung der neoliberalen Hegemonie hat sich dieses Topoi immer stärker durchgesetzt. Es lässt sich als die Mär von der »sozialen Hängematte« beschreiben. Sie suggeriert eine Spaltung der Gesellschaft – allerdings eine, die nicht zwischen Oben und Unten oder Arm und Reich, sondern zwischen Leistungswilligen und Leistungsfähigen einerseits sowie Leistungsverweigerern und Leistungsunfähigen andererseits verläuft.

Außerdem wurden vorhandene Topoi umgedeutet. Das ist nicht zuletzt dem Deutungsmuster »Reform« widerfahren. Traditionell war dieser Begriff mit Verbesserungen im sozialen Bereich, mit sozialem Ausgleich, mehr Gleichstellung der Geschlechter, Förderung für Kinder und Jugendliche, besserer Versorgung und Betreuung für Kranke und Alte, Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen usw. verbunden.

Allerdings sind die Zeiten einer solchen Reformpolitik, die noch die Regierungszeit Willy Brandts kennzeichnete, in Deutschland längst vorbei – auch wenn zum Ende der Regierung Kohl von sozialdemokratischer Seite in Aussicht gestellt und versprochen worden war, zu einer Reformpolitik in diesem Sinne zurück zu kehren. Die Regierung von SPD und Grünen haben nicht nur diese Versprechen nicht einge-

löst, sie haben mit ihrer politischen Praxis den Reformbegriff endgültig diskreditiert. Er wurde gründlich umgedeutet, es geht nicht mehr um Verbesserungen im sozialen Bereich, sondern im Gegenteil, als Reformen werden jetzt die Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich ausgegeben – nach dem Motto, »die sozialen Sicherungssysteme seien zu reformieren, um sie zu erhalten«. Aus der Reform wurde die »Reform«.

Die neoliberale Hegemonie, mit der wir es seit einiger Zeit zu tun haben, basiert darauf, dass es ihren Protagonisten gelungen ist, ein anti-solidarisches Gesellschaftsbild und ein egoistisches Menschenbild zu implementieren und wirksam zu verbreiten. Gezeichnet wird eine Gesellschaft, die geprägt wird durch den erbarmungslosen Ellenbogenkampf um den größtmöglichen privaten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Diese Gesellschaft gehört den Reichen, Mächtigen und Schönen. Der dazu passfähige Mensch hat egoistisch zu sein, als Erfolg gilt, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften und das möglichst ungehindert. Das legitimatorische Gegenbild ist das vom faulen Menschen, der in der sozialen Hängematte lümmelt.

»Reform« ist, was dazu dient, diese Gesellschafts- und Menschenbilder in der politischen Praxis durchzusetzen.

Diese Bilder von Gesellschaft und Mensch sind inzwischen binsenweisheitliche Denkformen von überrollender Einfachheit, und sie laufen auch permanent bei jeder aktuellen Botschaft – subversiv oder ganz offen – mit. Sie sind der Hintergrund der alltäglichen ideologischen Aggressionen, machen die realen Menschen wehrlos und reproduzieren die neoliberale Hegemonie.

In den zurückliegenden Wochen sind besonders viele »Reform«-Projekte öffentlich gemacht, durchgezogen oder kurz einmal aus dem Hut gezaubert worden. Dabei ging es nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern um die Bekämpfung der Arbeitslosen, um Rentenkürzungen, Erhöhung von Beiträgen für die gesetzliche Sozialversicherung, um eine ganze Gesundheits-»Reform«, um Subventionsabbau, um Kürzung der Pendlerpauschalen, um Steuererhöhungen usw. Es handelt sich um ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich, die zum Teil alle betreffen, zum Teil große Gruppen, zum Teil aber auch Minderheiten.

Diese gesamte Betriebsamkeit des Umbaus der Sozialsysteme als Abbau bewegt die öffentliche Meinung erheblich, immer wieder werden neue Botschaften über soziale Grausamkeiten verbreitet. Entsprechend

aufmerksam verhält sich die Meinungsforschung. Denn eigentlich interessieren sich Politiker und Parteien dafür, was das Volk über das denkt, was sie tun oder beabsichtigen; aber es soll nicht öffentlich werden. Die öffentliche Meinung über aktuelle Sozialpolitik öffentlich zu machen, ist das Anliegen dieser Studie, zu untersuchen und kompakt darzustellen, was die darüber denken, die gemeint sind, wenn die soziale Hängematte ins Spiel gebracht wird.

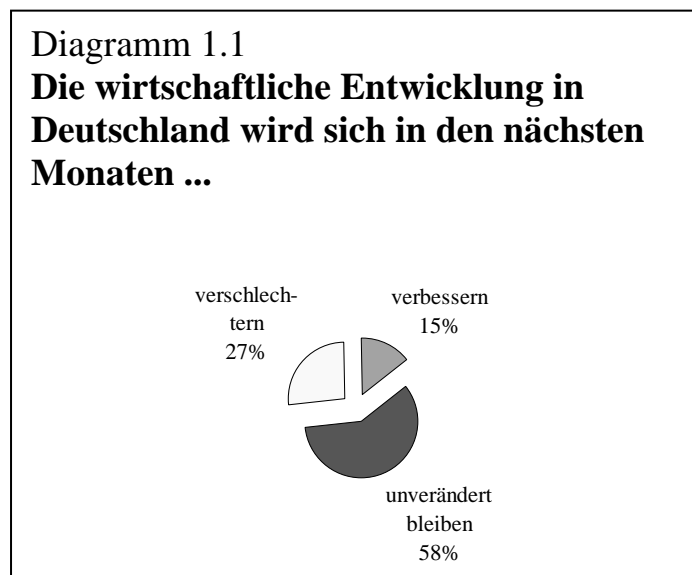
Das Ergebnis ist: Insgesamt wird die ganze Richtung aktueller sozialpolitischer Kürzungs- und Sparpolitik mehrheitlich in der deutschen Bevölkerung abgelehnt. Obwohl das so ist, obwohl die Botschaften im Einzelnen nicht geglaubt und die Lösungsvorschläge zurück gewiesen werden, fällt gegenwärtig zugleich eine Mehrheit neoliberaler Hegemonie mit ihren Deutungsmustern zum Opfer, die Akzeptanz konservativer Politikangebote und ihrer Akteure ist so groß wie lange nicht.

Das Meinungsforschungsinstitut EMNID hat zwischen dem 24. September und dem 23. Oktober dieses Jahres solche aktuellen Vorhaben oder Vorschlägen zu Kürzungen und Einsparungen im Bereich der Sozialpolitik nahezu täglich zum Gegenstand von Erhebungen gemacht. Daten aus diesen Untersuchungen wurden für diese Studie zur Nachnutzung erworben. Die Daten umfassen insgesamt mehr als 6.500 Fälle. Sie wurden mit SPSS ausgewertet, berechnet und statistisch geprüft. Die einbezogenen Fragen und die Ergebnisse sind im Tabellenanhang dokumentiert.

1. Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit – Ist die Lage besser als die Stimmung?

Die Börse sei »lustlos«, so war es heute wieder in den Nachrichten zu hören, der wirtschaftliche Aufschwung ließe weiter auf sich warten. Dabei kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ohnehin kaum jemand an einen »Aufschwung« glaubt, wenn es wenigstens ein bisschen besser würde ...

Die Stimmung ist schlecht im Lande, Optimismus ist rar, Ergebnisse aktueller Meinungsumfragen belegen das.



Die Mehrheit der Deutschen nimmt an, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten unverändert bleiben wird. Da die gegenwärtige Situation mit »Stagnation« noch nahezu euphorisch beschrieben wird, heißt das, dass fast 60 Prozent der Deutschen von einem Anhalten der Stagnation ausgehen. Dass sich die wirtschaftliche Entwicklung verbessern könnte, das meinen nur 15 Prozent. Mehr als ein Viertel, nämlich 27 Prozent, erwartet hingegen eine Verschlechterung. Damit ist der Grundtrend, was die zu erwartende wirtschaftliche Lage angeht, pessimistisch.

In Ostdeutschland werden dabei die Aussichten noch düsterer gesehen.

Tabelle 1.1

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten ...

Prozent zeilenweise

	verbessern	nicht verändern	verschlech- tern	k.A.
West	15,4	59,3	24,6	0,7
Ost	11,7	52,4	35,9	
Gesamt	14,6	57,9	26,9	0,6

Im Osten sind es nur 12 Prozent, die an eine Verbesserung der Wirtschaftslage glauben, im Westen sind das auch nur 15 Prozent. Die auch nicht gerade ermutigende Aussicht, dass es bei der Stagnation in der Wirtschaft bleibt, haben im Westen fast 60 Prozent, im Osten sehen das nur 52 Prozent so. Die entscheidende Differenz in der Stimmungslage wird darin erkennbar, dass im Osten 36 Prozent erwarten, dass es noch schlechter wird. Im Westen nehmen deutlich weniger, aber immerhin auch 25 Prozent diese Position ein.

Zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede im Meinungsbild bezüglich der zu erwartenden Wirtschaftsentwicklung. So gibt es vor allem im Osten eine erhebliche Differenz zwischen Frauen und Männern. Im Westen glauben auch nur 14 Prozent der Frauen an eine positive Entwicklung, hingegen 17 Prozent der Männer. Im Osten erwarten 18 Prozent der Männer eine Verbesserung, aber nur knapp 6 Prozent der Frauen (siehe Tabellen A2.1 und A2.2 im Anhang). Im Westen wie im Osten gehen mehr Frauen als Männer von einer anhaltenden Stagnation aus. Aber während im Westen mit 21 Prozent weniger Frauen eine Verschlechterung erwarten, 28 Prozent der Männer tun dies, haben im Osten die Frauen zu 36 Prozent und die Männer zu knapp 35 Prozent diese pessimistische Erwartung. Darüber hinaus haben offensichtlich Personen mit niedriger Bildung negativere Erwartungen als besser Ausgebildete. Während im Westen Berufstätige und Nichtberufstätige etwa gleiche Meinungsbilder haben, sehen im Osten die Berufstätigen die Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung noch deutlich düsterer als die Nichtberufstätigen, das hat wohl mit unterschiedlichen Erfahrungen zu tun.

Markante Differenzierungen werden zwischen den Generationen sichtbar.

Tabelle 1.2

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten ...

nach Altersgruppen

Prozent zeilenweise

	verbessern	nicht verändern	ver- schlechtern	k.A.
<i>West</i>				
unter 25 Jahre	16,0	72,0	8,0	4,0
25 - 39 Jahre	10,5	62,9	25,7	1,0
40 - 54 Jahre	16,7	52,8	30,6	
55 - 69 Jahre	15,0	58,8	26,3	
über 70 Jahre	23,0	54,1	23,0	
<i>Ost</i>				
unter 25 Jahre	12,5	37,5	50,0	
25 - 39 Jahre	8,0	36,0	56,0	
40 - 54 Jahre	18,8	43,8	37,5	
55 - 69 Jahre	14,3	81,0	4,8	
über 70 Jahre		81,8	18,2	

In den westdeutschen Bundesländern vermindert sich tendenziell mit zunehmendem Alter der Anteil derer, die von einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen. Hier sind in den mittleren bis älteren Generationen die Pessimisten relativ stark, zwischen 26 und 31 Prozent in diesen Altersgruppen erwarten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Während die jüngste Generation im Westen die noch relativ optimistischste ist, 16 Prozent erwarten eine Verbesserung, 72 Prozent gleichbleibende Lage und nur 8 Prozent eine Verschlechterung, hat die gleiche Altersgruppe im Osten eine deutlich negativere Perspektive. Hier erwarten nur 38 Prozent, dass es so bleibt, wie es ist, 50 Prozent sehen einen weiteren wirtschaftlichen Niedergang voraus. Die nächst folgende Altersgruppe, die zwischen 25 und 40 Jahren, hat sogar noch pessimistischere Aussichten, 39 Prozent erwarten Stagnation und 56 Prozent weitere negative Entwicklung in der Wirtschaft. Gerade in den Meinungsbildern der jüngsten und jüngeren Generation im Osten drücken sich Wahrnehmungen der eigenen Zukunftsperspektiven aus.

Am relativ ähnlichsten sind sich die mittleren Generationen in West und Ost. Aber während diese Altersgruppe im Westen die relativ pessimistischste ist, erscheint sie für den Osten – mit deutlich höherem Anteil mit negativen Erwartungen – als die relativ optimistischste. Erhebliche Unterschiede gibt es auch zwischen den Wählerschaften der einzelnen Parteien.

Tabelle 1.3

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten ...

nach Wahlabsicht

Prozent zeilenweise

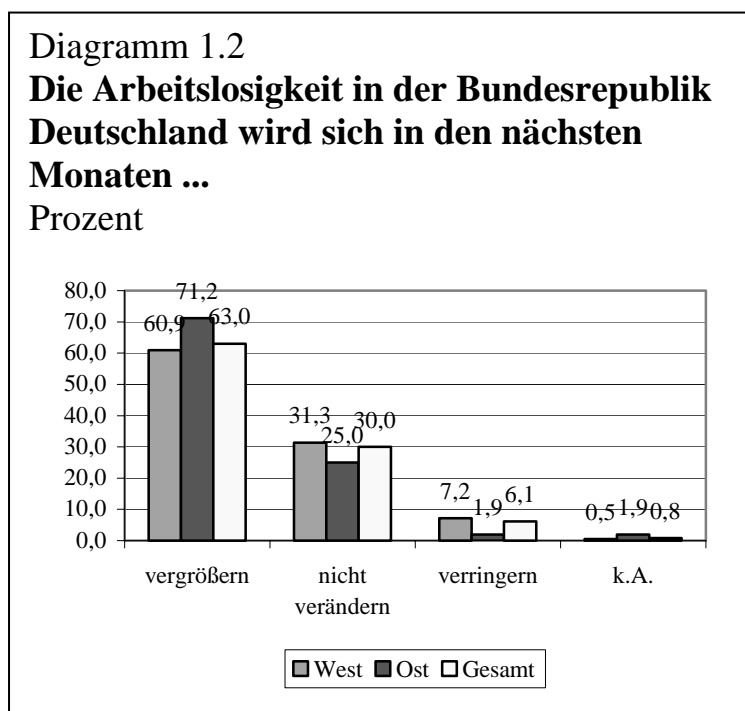
		verbessern	nicht verändern	verschlech- tern	k.A.
West					
	SPD	11,2	68,5	20,2	
	CDU	10,6	55,3	34,0	
	B90/G	25,8	64,5	6,5	3,2
	FDP	9,1	72,7	18,2	
	PDS *				
	weiß nicht	28,8	62,7	5,1	3,4
	keine	18,2	50,0	31,8	
Ost					
	SPD	28,6	50,0	21,4	
	CDU	13,9	52,8	33,3	
	B90/G *				
	FDP *				
	PDS		40,0	60,0	
	weiß nicht	8,3	66,7	25,0	
	keine		42,9	57,1	

* zu gering besetzt.

In den Anhängerschaften aller Parteien in West und Ost bilden diejenigen die Mehrheit, die wirtschaftliche Stagnation annehmen, die Ausnahme bilden die PDS-Wähler im Osten, bei ihnen ist die Mehrheit pessimistisch. Optimistische Zukunftserwartungen überwiegen in keiner dieser Gruppen. Im Westen sind die Anhänger der Grünen relativ am optimistischsten (ähnlich die Unentschlossenen), 26 Prozent von ihnen erwarten eine Verbesserung, 65 Prozent Stagnation und nur knapp 7 Prozent eine Verschlechterung. Neben den wahrscheinlichen

Nichtwählern (die vielleicht auch gerade deshalb nicht zu wählen beabsichtigen) haben CDU-Wähler im Westen die kritischste Sicht, nur 11 Prozent erwarten eine Verbesserung, 55 Prozent eine gleich bleibende Lage und 34 Prozent eine Verschlechterung. Selbst in der Anhängerschaft der SPD im Westen gibt es bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung mehr Pessimisten als Optimisten. 11 Prozent erwarten eine Aufschwung, 69 Prozent keine Veränderung und 20 Prozent einen Abwärtstrend. Im Osten sind die Differenzierungen unter dem Aspekt der Wahlabsicht größer. Dabei sind die SPD-Wähler im Osten die einzige festgestellte Gruppierung, bei der es mehr Optimisten als Pessimisten gibt, 29 Prozent erwarten die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, 50 Prozent Stagnation und 21 Prozent eine Verschlechterung. Die CDU-Wähler im Osten haben ein ähnliches Meinungsbild wie die im Westen, also eine kritische Sicht. In der Wählerschaft der PDS erwarten 40 Prozent eine anhaltende Stagnation, 60 Prozent sehen eine Verschlechterung der Wirtschaftslage voraus.

In der öffentlichen Meinung in Deutschland werden schon die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung sehr pessimistisch bewertet, das Meinungsbild zur voraussichtlichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist noch düsterer.



63 Prozent der Deutschen sehen voraus, dass sich die Arbeitslosigkeit weiter vergrößern wird, 30 Prozent erwarten gleichbleibende Arbeits-

losenzahlen und nur 6 Prozent rechnen auf eine Verbesserung der Beschäftigungssituation. Das Meinungsbild ist dabei im Osten noch deutlich schlechter als im Westen. Im Westen erwarten 61 Prozent mehr Arbeitslose, im Osten sind das 71 Prozent. Dass es bei den gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen bleiben wird, glauben 31 Prozent im Westen und nur 25 Prozent im Osten. Von einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen gehen im Westen 7 Prozent aus, im Osten sind das nur 2 Prozent.

Dieses pessimistische Meinungsbild bezüglich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zieht sich in der Tendenz durch alle Gruppen. Eine Ausnahme bilden die SPD-Anhänger im Westen, von ihnen erwarten nur 42 Prozent zunehmende Arbeitslosigkeit, 41 Prozent glauben, dass es beim gegenwärtigen Stand bleiben wird, und 17 Prozent sehen eine abnehmende Arbeitslosigkeit voraus.

Eine zwar nicht große, aber interessante Differenz gibt es in den Meinungsbildern von Männern und Frauen.

Tabelle 1.4

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in den nächsten Monaten ...

nach Altersgruppen

Prozent zeilenweise

		vergrößern	nicht verändern	verringern	k.A.
West					
	Frauen	59,2	34,1	5,7	0,9
	Männer	62,5	28,1	8,9	0,5
Ost					
	Frauen	72,2	27,8		
	Männer	70,0	22,0	4,0	4,0

Im Westen wie im Osten sind es bei Frauen und Männern jeweils Mehrheiten, die einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit voraussehen. Aber gleichfalls im Westen und im Osten sind es relativ mehr Frauen als Männer, die keine Veränderung erwarten. Im Osten war unter den Befragten keine Frau, die mit einer Verringerung der Arbeitslosigkeit gerechnet hätte, auch nur 4 Prozent der Männer tun dies. Aber im Westen gibt es immerhin 9 Prozent der Männer, die eine positive Tendenz in der Beschäftigungssituation erwarten, also immerhin

jeder Elfte; von den Frauen haben nur knapp 6 Prozent einen solchen Optimismus, das ist jede Sechzehnte.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung nach den Angaben der Arbeitslosenstatistik.

Tabelle 1.5
Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitslose im Juni 2003
 in Tausend

	Juni 2003	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung in Prozent
Erwerbstätige	38.153,0	-544,0	-1,4
Sozialvers. Beschäftigte	26.917,4	-703,6	-2,5
Arbeitssuchende	5.255,0	313,9	6,4
Arbeitslose	4.257,4	303,1	7,7
Leistungsempfänger	3.903,0	k.A.	k.A.
Arbeitslosenquote (abh. B.)	11,3	10,5	0,8
gemeldete Stellen	373,2	-124,1	-25,0
Förderungen	899,5	-102,7	-10,2

Zusammengestellt und berechnet nach: www.arbeitsamt.de/hast/statistik/zentral/s0001d.pdf.

Gegenwärtig gibt es in diesem Land reichlich 38 Millionen Erwerbstätige. Damit kommt auf jede wirtschaftlich aktive Person etwa auch eine, die nicht, nicht mehr oder noch nicht erwerbstätig ist. In nur einem Jahr hat sich diese Zahl um eine reichliche halbe Million verringert. Zehn Jahre sind ein überschaubarer Zeitraum, hält der Trend an, werden das im Jahr 2013 noch reichlich 32 Millionen sein, das Verhältnis wird dann drei zu fünf sein. Noch stärker ist die Abnahme bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Lohnarbeiter), das sind in Deutschland insgesamt etwa 27 Millionen (knapp 22 Millionen im Westen, 5,2 Millionen im Osten, hier gab es einmal 12 Millionen Berufstätige), der Rückgang der hier von 2001 zu 2002 zu konstatieren ist, beträgt 700.000. Allein die Zahl der Arbeiter hat sich in den letzten zwei Jahren um 1,1 Million verringert, die sind als Menschen natürlich nicht verschwunden, sie sind nicht mehr am Arbeitsprozess beteiligt. Zugleich gibt es knapp 5,3 Millionen Arbeitssuchende (von den Arbeitsämtern anerkannt), knapp 4,3 Millionen von ihnen sind als Arbeitslose registriert, weil sie anspruchsberechtigt sind. Beide Zahlen haben sich im letzten Jahr um reichlich 300.000 erhöht. 34 Prozent der registrierten Arbeitslosen sind Frauen, 61 Prozent kommen aus Ar-

beiterberufen, 11 Prozent sind unter 25 Jahren, 25 Prozent sind älter als 50 Jahre, der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt 35 Prozent, hier ist die Zunahme besonders rasant, ihre Zahl hat sich um 14,5 Prozent erhöht.

Dem stehen 370.000 gemeldete offene Stellen gegenüber, das heißt auf einen zu besetzenden Arbeitsplatz kommen 14 Arbeitssuchende. Diese Realitäten entlarven alle Ankündigungen, Arbeitslosigkeit werde verringert, wenn der Druck auf die Arbeitslosen erhöht wird, als das, was sie sind, als hilfloses Gerede, und die entsprechende gesellschaftspolitische Praxis als unsozial, als soziale Ungleichheiten verschärfend.

Die pessimistische Perspektive in Deutschland, dass mit ansteigender Arbeitslosigkeit mehrheitlich gerechnet wird, hat vor dem Hintergrund der oben dargestellten Wirtschaftserwartungen seine Logik. Wenn es so ist, wie Mehrheiten annehmen, dass die Wirtschaft stagnieren oder sich die Wirtschaftsentwicklung verschlechtern wird, dann ist steigende Arbeitslosigkeit die Konsequenz. Dieses Meinungsbild zur Wirtschaftsentwicklung enthält Merkmale von Krisenwahrnehmung. Aber gibt es deshalb Krisenbewusstsein? Da sind Zweifel angebracht angesichts der alltäglich sicht- und erfahrbaren Gelassenheit, mit der die wahrgenommene problematische Situation hingenommen wird.

Daten aus einer anderen Quelle ermöglichen eine Annäherung an das Problem.

Im ALLBUS, dessen aktuelle Daten eben zugänglich geworden sind, wird nach der Bewertung der Wirtschaftslage im Lande und der eigenen wirtschaftlichen Lage gefragt.

Auch nach diesen Ergebnissen überwiegt in Deutschland ein negatives Bild von der allgemeinen Wirtschaftslage, und das im Westen und noch mehr im Osten. Insgesamt sind es 15 Prozent, die die Lage als gut bewerten, im Westen 18 Prozent, im Osten 10 Prozent. 49 Prozent haben sich für »teils teils« entschieden, was wohl so zu interpretieren ist, dass die Wirtschaftslage als gemischt angesehen wird (im Westen sind das 50 Prozent, im Osten 47 Prozent). Als schlecht bezeichnen 36 Prozent die Wirtschaftslage, im Westen 33 Prozent, im Osten 43 Prozent. Die eigene wirtschaftliche Lage wird wesentlich besser bewertet. Insgesamt charakterisieren sie 49 Prozent als gut, für weitere 39 Prozent ist sie gemischt und nur 12 Prozent geben an, dass sie in schlechter wirtschaftlicher Lage sind.

Tabelle 1.6
Bewertung der Wirtschaftslage
 Prozent spaltenweise

	West	Ost	Gesamt
<i>im Land</i>			
gut	17,6	9,8	15,1
teils teils	49,6	47,1	48,8
schlecht	32,8	43,1	36,0
<i>eigene</i>			
gut	52,4	40,7	48,8
teils teils	37,4	43,2	39,2
schlecht	10,2	16,1	12,0

Quelle: ALLBUS 2002

Die Erwartungen künftiger Wirtschaftsentwicklung sind ein wenig positiver, aber insgesamt wohl auch eher skeptisch bis pessimistisch. Immerhin sind es nach diesen Daten 28 Prozent, die auf eine Verbesserung setzen, 46 Prozent erwarten eine gleichbleibende Lage, was wohl ein Anhalten der Stagnation bedeutet, und 26 Prozent erwarten eine negative Wirtschaftsentwicklung. Auch hierbei ist das Meinungsbild im Osten noch negativer als im Westen. Hinsichtlich der Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage bewegt sich die Tendenz zwischen Skepsis und Hoffnung. Zwei Drittel der Deutschen meinen,

Tabelle 1.7
Erwartung der Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahr
 Prozent spaltenweise

	West	Ost	Gesamt
<i>im Land</i>			
besser	30,9	20,7	27,7
gleichbleibend	43,6	51,7	46,1
schlechter	25,6	27,6	26,2
<i>eigene</i>			
besser	25,2	19,0	23,2
gleichbleibend	63,5	71,5	66,0
schlechter	11,3	9,5	10,8

Quelle: ALLBUS 2002

ihre eigene wirtschaftliche Lage werde im kommenden Jahr gleich bleiben, 23 Prozent erwarten eine Verbesserung und 11 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung.

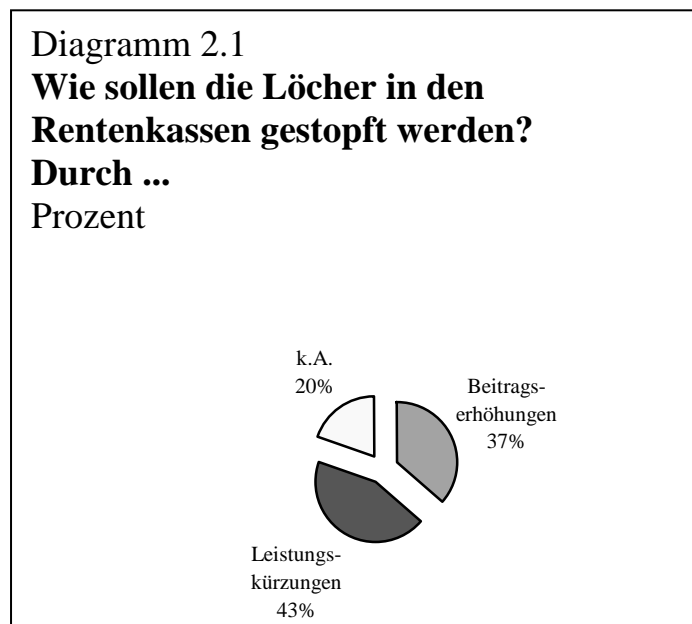
In der Realität vollziehen sich gleichzeitig mehrere Prozesse. Die Zahl der Lohnarbeiter verringert sich bei gleichzeitig weiteren Veränderungen ihrer Struktur, ihre Einkommen stagnieren, ihr Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand ist insgesamt rückläufig. Immer mehr werden aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt, ein wachsender Anteil auf Dauer, der Rand der Gesellschaft wird breiter. Damit nehmen aber auch der Druck auf die Lohnarbeiter und die Konkurrenz zwischen ihnen zu, Leistungsanforderungen und Leistungsdruck wachsen weiter an.

Insgesamt werden dabei in der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Lande negativer bewertet als die eigene Situation. Bei einem solchen Meinungsbild sagen Politiker gewöhnlich, vor allem wenn sie zum Regierungslager gehören, dass »die Lage besser als die Stimmung« sei. Aber das besagen diese Ergebnisse nicht. Sie besagen nur, dass mehr Menschen die Wirtschaftsentwicklung negativ und pessimistisch sehen, als selbst davon betroffen sind.

Aber die Politiker sind, wie die folgenden Abschnitte zeigen werden, eifrig daran, das zu verändern.

2. »Wir versaufen unser‘ Oma ihr klein Häuschen ...«

Die deutschen Rentner sind zu teuer. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, die Kassen der Rentenversicherungen sind leer, der Generationenvertrag funktioniert nicht mehr. Nun ist gar nicht zu bestreiten, dass sich aus dem Widerspruch von schrumpfenden Zahlen an Erwerbstätigen, wachsender Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Zahl an Rentnern Probleme ergeben. Vor gar nicht allzu langer Zeit wurden Wahlen gewonnen mit der Erklärung: »Die Renten sind sicher!«, als wären die demografischen, ökonomischen und sozialen Trends nicht schon längst absehbar gewesen. Der neoliberale Zeitgeist ruft nach der privaten Altersvorsorge. Die Politiker der jeweiligen Regierungskoalitionen kennen offenbar nur eine Alternative: Entweder die Beiträge erhöhen (das heißt Reallohnsenkung) oder die Leistungen kürzen (das bedeutet, die Renten runter). Wie ist dazu die öffentliche Meinung in Deutschland?



Das Meinungsbild dazu, wie die Defizite bei der Rentenfinanzierung beseitigt werden können, stellt sich als gespalten dar. Reichlich zwei Fünftel der Deutschen votieren für Leistungskürzungen, auf der anderen Seite sind knapp zwei Fünftel für Beitragserhöhungen. Ein weiteres Fünftel hat die Frage nicht beantwortet, das ist ein ungewöhnlich

hoher Anteil, in dem sich ausdrückt, dass ein erheblicher Teil in der Bevölkerung beides nicht will.

Die Unterschiede zwischen West und Ost fallen dabei relativ gering aus.

	Beitrags- erhöhungen	Leistungs- kürzungen	k.A.
West	35,8	43,9	20,3
Ost	39,2	43,1	17,6
Gesamt	36,5	43,7	19,8

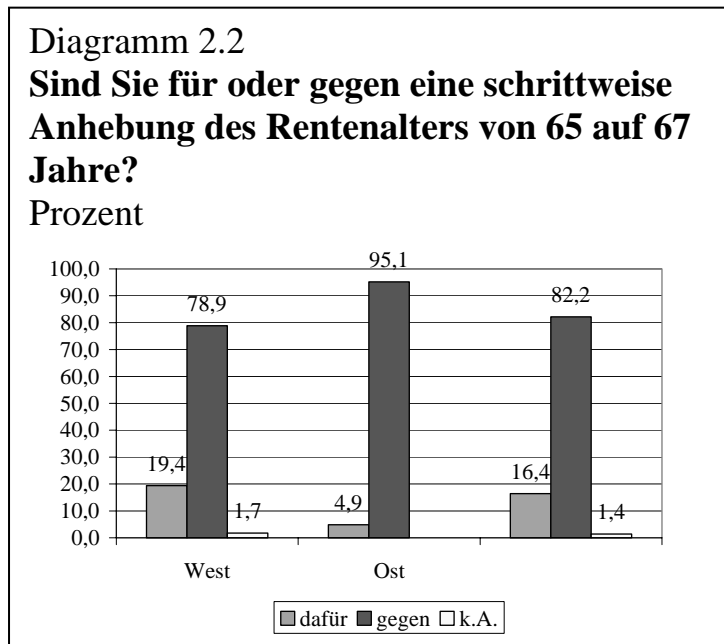
Im Osten ist der Anteil derer, die sich für Beitragserhöhungen aussprechen, etwas größer als im Westen, ansonsten ähneln sich die Relationen, das gilt für Berufstätige wie für Nichtberufstätige.

Bei der Analyse nach Altersgruppen wird so etwas wie eine tendenzielle Generationensolidarität deutlich.

	Beitrags- erhöhungen	Leistungs- kürzungen	k.A.
West			
unter 25 Jahre	48,1	38,5	13,5
25 - 39 Jahre	30,4	48,0	21,6
40 - 54 Jahre	32,1	51,9	16,0
55 - 69 Jahre	43,2	38,3	18,5
über 70 Jahre	28,8	35,6	35,6
Ost			
unter 25 Jahre	53,3	26,7	20,0
25 - 39 Jahre	48,0	48,0	4,0
40 - 54 Jahre	36,7	40,0	23,3
55 - 69 Jahre	21,1	68,4	10,5
über 70 Jahre	41,7	25,0	33,3

Es ist so, dass diejenigen, die die Beiträge zahlen, für die Kürzung der Renten sind, und diejenigen, die Renten beziehen für Beitragserhöhungen eintreten. Das Meinungsbild ist differenzierter. So ist es nicht vor allem die jüngste Generation, die sich verstärkt für Leistungskürzungen ausspricht, im Gegenteil, sie votiert überdurchschnittlich oft für Beitragserhöhungen. Es sind die mittleren bis jüngeren Generationen, die sich verstärkt gegen Beitragserhöhungen und für Absenkung der Renten positionieren, dabei im Westen deutlich häufiger als im Osten.

Für die Politiker der Koalition und der rechten Oppositionsparteien gilt es offensichtlich schon als ausgemacht, dass das Rentenalter von jetzt 65 Jahren auf zunächst 67 Jahren angehoben wird. Die deutsche Öffentlichkeit sieht das völlig anders.



Die Pläne zur Anhebung des Rentenalters (es geht eigentlich um das Renteneintrittsalter) sind alles andere als ein Publikumsrenner. 82 Prozent der Deutschen insgesamt sprechen sich dagegen aus, nur 16 Prozent sind dafür. Im Osten lehnen sogar 95 Prozent die Anhebung des Rentenalters ab, im Westen tun dies das auch fast 80 Prozent.

Diese mehrheitliche Ablehnung zieht sich fast durch alle Gruppen. Eine bemerkenswerte Abweichung erbringt die Analyse nach Qualifikationsgruppen.

Tabelle 2.3

Sind Sie für oder gegen eine schrittweise Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre? nach Qualifikation

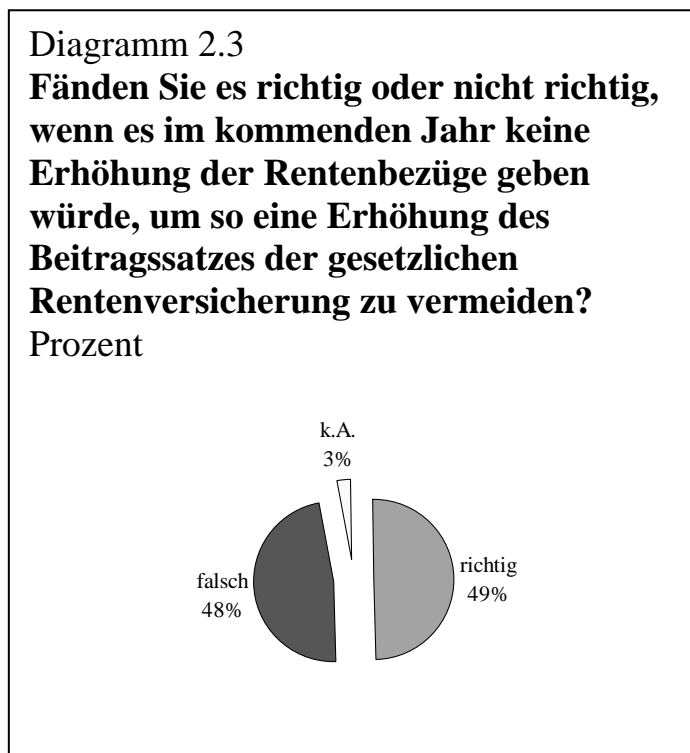
Prozent zeilenweise

	dafür	dagegen	k.A.
West			
Volks o. Lehre	11,4	88,6	
Volks m.Lehre	13,3	82,9	3,8
Mittlere Reife	19,4	80,6	
Abitur	40,0	57,5	2,5
Studium	28,6	66,7	4,8
noch Schüler	30,0	70,0	
Ost			
Volks o. Lehre		100,0	
Volks m.Lehre		100,0	
Mittlere Reife	6,1	93,9	
Abitur		100,0	
Studium	18,2	81,8	
noch Schüler		100,0	

Bei den Abiturienten im Westen findet mit 40 Prozent eine Anhebung des Rentenalters deutlich stärkere Akzeptanz. Auch die Hochschulabsolventen in West und Ost sprechen sich mit 29 bzw. 18 Prozent überdurchschnittlich häufig dafür aus. Ansonsten ist die Ablehnung von Plänen zur Erhöhung des Rentenalters ziemlich einhellig.

Jüngst wurde wieder einmal ein Rentenmoratorium ins Gespräch gebracht. Die Erhöhung der Renten soll im kommenden Jahr ausfallen, dies sei notwendig, um eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung zu vermeiden. Was für ein Jahr wegfallen soll, ist die Rentenanpassung, und dabei handelt es sich um die Anpassung dieser Bezüge an die Teuerungsrate.

Die öffentliche Meinung reagiert gespalten darauf.



Von jeweils etwa der Hälfte der Bevölkerung kommt Ablehnung (48 Prozent) oder Zustimmung (49 Prozent), 3 Prozent haben diese Frage nicht beantwortet.

Bei dieser Frage gibt es einen geringen Unterschied zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle 2.4

Fänden Sie es richtig oder nicht richtig, wenn es im kommenden Jahr keine Erhöhung der Rentenbezüge geben würde, um so eine Erhöhung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung zu vermeiden?

Prozent zeilenweise

	richtig	falsch	k.A.
West	48,6	48,6	2,7
Ost	52,9	44,2	2,9
Gesamt	49,4	47,8	2,8

Im Westen gibt es ein exakt geteiltes Meinungsbild, jeweils 49 Prozent halten die Aussetzung der Rentenanpassung für richtig und für falsch. Im Osten hält es mit 53 Prozent eine leichte Mehrheit für richtig, die Rentenbezüge im nächsten Jahr nicht zu erhöhen, 44 Prozent sind es hier, die das für falsch halten.

Auch in dieser Frage gibt es markante Differenzierungen zwischen den Altersgruppen, die in West und Ost unterschiedlich ausfallen.

Tabelle 2.5

Fänden Sie es richtig oder nicht richtig, wenn es im kommenden Jahr keine Erhöhung der Rentenbezüge geben würde, um so eine Erhöhung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung zu vermeiden?

Prozent zeilenweise

	richtig	falsch	k.A.
West			
unter 25 Jahre	50,0	42,0	8,0
25 - 39 Jahre	53,8	44,2	1,9
40 - 54 Jahre	43,5	52,8	3,7
55 - 69 Jahre	45,0	53,8	1,3
über 70 Jahre	51,7	48,3	
Ost			
unter 25 Jahre	73,3	26,7	
25 - 39 Jahre	54,2	41,7	4,2
40 - 54 Jahre	62,5	31,3	6,3
55 - 69 Jahre	40,0	60,0	
über 70 Jahre	16,7	83,3	

Zustimmung zum Ausfall der Rentenanpassung kommt im Westen überdurchschnittlich oft in der jüngsten (50 Prozent) und jüngeren Generation (54 Prozent). In der mittleren und in der älteren Generation gibt es mit 53 bzw. 54 Prozent jeweils leichte Mehrheiten gegen das Rentenmoratorium. In der ältesten Generation sind immerhin 52 Prozent dafür, die Renten für ein Jahr nicht zu erhöhen.

Im Osten gibt es bis in die mittlere Generation hinein mehrheitliche Zustimmung dazu, dass die Rentenerhöhung für ein Jahr ausbleibt, aber sie fällt unterschiedlich aus. Sie ist mit 73 Prozent in der jüngsten Altersgruppe besonders stark, sie ist in der mittleren Generation mit 63 Prozent gleichfalls beachtlich. In der dazwischen liegenden jüngeren Generation gibt es nur eine leichte zustimmende Mehrheit von 54 Prozent. Mit zunehmendem Alter wächst im Osten die Ablehnung, sie ist in der älteren Generation mit 60 Prozent schon deutlich, bei den Ältesten sind es sogar 83 Prozent, die sich gegen das Aussetzen der Rentenanpassung aussprechen.

Die Frage nach Rentenanpassung oder nicht gibt eine gute Gelegenheit, zu untersuchen, wie sich die Umfelder der verschiedenen Parteien zu aktuellen rentenpolitischen Fragen positionieren.

Tabelle 2.6

Fänden Sie es richtig oder nicht richtig, wenn es im kommenden Jahr keine Erhöhung der Rentenbezüge geben würde, um so eine Erhöhung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung zu vermeiden?
nach Wahlabsicht

Prozent zeilenweise

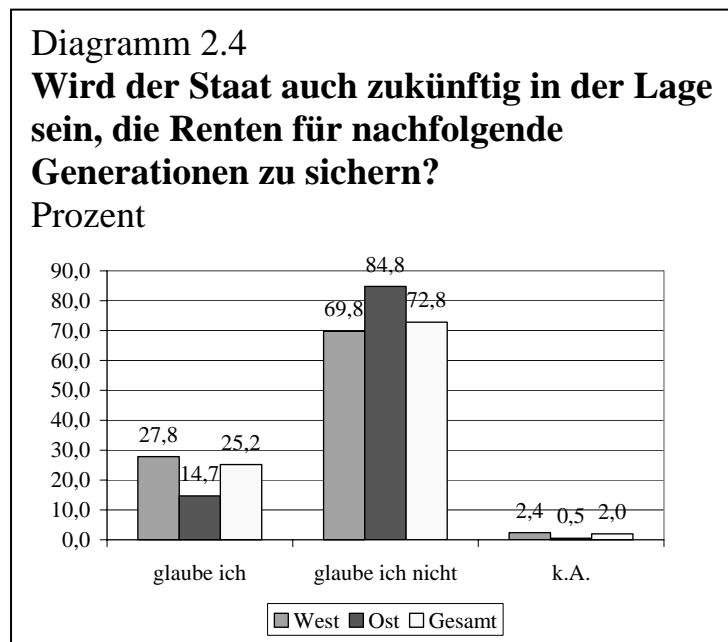
	richtig	falsch	k.A.
West			
SPD	53,4	46,6	
CDU	56,0	44,0	
B90/G	61,3	29,0	9,7
FDP	58,3	41,7	
PDS *			
weiß nicht	34,5	62,1	3,4
keine	39,5	55,8	4,7
Ost			
SPD	73,3	20,0	6,7
CDU	57,1	40,0	2,9
B90/G *			
FDP *			
PDS	20,0	80,0	
weiß nicht	39,1	56,5	4,3
keine	28,6	71,4	

* zu gering besetzt.

Im Westen gibt es in den Anhängerschaften aller Parteien leichte Mehrheiten dafür, die Renten für ein Jahr nicht zu erhöhen, das reicht von 53 Prozent bei der SPD bis zu 61 Prozent bei den Grünen. Es gibt aber auch in den Anhängerschaften aller Parteien zum Teil beträchtliche Teile, die sich dagegen wenden, bei der SPD sind das 47 Prozent, von den Anhängern der CDU sind 44 Prozent auf ablehnenden Positionen, und nur bei den Grünen sind das mit 29 Prozent relativ wenige. Klar ablehnende Mehrheiten gibt es zum einen in der Gruppe der Unentschlossenen mit 62 Prozent und ähnlich bei den Nichtwählern im Westen mit 56 Prozent.

Im Osten gibt es bei SPD-Wählern mit 73 Prozent eine deutliche Mehrheit für ein Rentenmoratorium. Im Umfeld der CDU ist die zustimmende Mehrheit mit 57 Prozent kleiner. Eine klare Ablehnung der angekündigten »Nullrunde« für Rentner kommt von 80 Prozent der PDS-Wähler. Auch hier gibt es bei den Unentschlossenen mit 57 Prozent und bei den Nichtwählern mit 71 Prozent ablehnende Mehrheiten. Zwar sind im Umfeld der SPD nur 20 Prozent auf ablehnenden Positionen, im Lager der CDU sind das allerdings auch 40 Prozent.

Seit einigen Jahren werden in Deutschland immer wieder Diskussionen um das Rentensystem generell angestoßen. Das hat sicher auch dazu beigetragen, in der Bevölkerung Zweifel daran zu verbreiten.



Dass der Staat auch künftig in der Lage sein wird, die Renten zu sichern, glaubt gegenwärtig nur ein Viertel der Deutschen, drei Viertel haben diesen Glauben wohl nicht mehr. Der Optimismus ist in dieser Frage im Westen leicht größer, 28 Prozent hält hier die Renten für zu sichern, 70 Prozent haben diese Erwartung nicht. Im Osten sind die Optimisten mit 15 Prozent noch rarer, hier sind es 85 Prozent, die meinen, der Staat werde in Zukunft die Renten nicht mehr sichern können.

Frauen und Männer wichen in dieser Frage in ihrem Meinungsbild voneinander ab.

Tabelle 2.7

Wird der Staat auch zukünftig in der Lage sein, die Renten für nachfolgende Generationen zu sichern?

Prozent zeilenweise

		glaube ich	glaube ich nicht	k.A.
West				
	Frauen	24,3	73,5	2,1
	Männer	31,7	66,0	2,3
Ost				
	Frauen	10,3	89,7	
	Männer	19,6	79,4	1,0

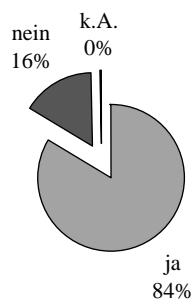
Generell gibt es bei Frauen noch weniger Optimismus hinsichtlich der künftigen Sicherheit der Renten. Bei den Männern im Westen teilen 32 Prozent den Glauben an sichere Renten, im Osten sind es 20 Prozent. Auch die Männer haben mehrheitlich Zweifel daran, im Westen 66 Prozent und im Osten 79 Prozent. 24 Prozent der Frauen im Westen sind in dieser Frage optimistisch, im Osten sind dies gar nur 10 Prozent. Die große Mehrheit der Frauen glaubt nicht mehr daran, dass der Staat künftig die Renten wird sichern können, im Westen 74 Prozent, im Osten 90 Prozent.

Sicherlich auch im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen, Vorschlägen und Vorstößen in Sachen Renten, um Leistungskürzungen, Rentenmoratorium u.a., erreicht das Thema Altersarmut wieder größere Aufmerksamkeit.

Diagramm 2.5

Wird es durch die Einschnitte bei den Rentenbezügen vermehrt zu Altersarmut kommen?

Prozent



Das Meinungsbild zu Altersarmut ist deutlich. In Deutschland insgesamt sind es 84 Prozent, die eine Zunahme von Altersarmut erwarten, nur 16 Prozent, jeder Sechste, rechnet damit nicht.

Wiederum sind es die Frauen, die die Perspektive noch pessimistischer sehen als die Männer.

Tabelle 2.8

Wird es durch die Einschnitte bei den Rentenbezügen vermehrt zu Altersarmut kommen?

Prozent zeilenweise

		ja	nein	k.A.
<i>West</i>	Frauen	84,8	14,8	0,5
	Männer	80,5	18,9	0,5
<i>Ost</i>	Frauen	90,6	9,4	
	Männer	83,7	16,3	

Im Westen sind es 85 Prozent der Frauen, die wachsende Altersarmut vorhersehen, nur 15 Prozent sind anderer Meinung, bei Männern ist das Verhältnis 81 Prozent zu 19 Prozent. Im Osten haben 91 Prozent die skeptische Sicht und nur 9 Prozent erwarten keine wachsende Altersarmut. Die Männer sind hier auch nicht viel optimistischer, 84 Prozent sehen zunehmende Altersarmut voraus und nur 16 Prozent bezweifeln das.

Dabei ist Altersarmut in dieser Gesellschaft keine abstrakte Frage an die Zukunft mehr, sie ist jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit schon längst Realität, wie aus zuverlässigen Datenquellen anschaulich gemacht werden kann.

Die Gruppe der Rentner hat eine deutlich andere Einkommensverteilung (Nettoeinkommen) als die Gruppe der Erwerbstätigen, die hier zum Vergleich herangezogen wird. Bei den Erwerbstätigen sind es nur 7 Prozent mit einem monatlichen Einkommen von unter 750 €. Bei den Rentnern beträgt dieser Anteil 27 Prozent, darunter 9 Prozent – also fast jede/jeder Zehnte – unter 500 €. Die Gruppe zwischen 750 und 1.250 €, die sicher auch noch zu den unteren Einkommensgruppen zu rechnen ist, hat bei den Erwerbstätigen einen Umfang von 25 Prozent, bei den Rentnern rechnen 38 Prozent dazu. 38 Prozent der Erwerbstätigen haben ein monatliches Einkommen von 1.250 bis

Tabelle 2.9

Monatliche Nettoeinkommen von Erwerbstätigen und Rentnern

Prozent spaltenweise

€	Erwerbstätige	Rentner
bis 750	7,2	27,3
751-1250	25,2	37,6
1251-2000	38,3	21,2
2001-2750	16,4	9,2
über 2750	12,9	4,8

Zusammengestellt und berechnet nach: ALLBUS 2002

2.000 €, von den Rentnern befinden sich nur 21 Prozent in dieser Kategorie. Deutlich sind auch die Unterschiede in den Gruppen mit höheren Einkommen, 30 Prozent der Erwerbstätigen gehören dazu, aber nur 13 Prozent der Rentner. Insgesamt gehört somit bei den Erwerbstätigen ein Drittel in die unteren Einkommensgruppen, zwei Drittel liegen mit ihren Einkommen darüber. Bei den Rentnern ist das umgekehrt, zwei Drittel sind dem unteren Bereich zuzurechnen, und nur ein Drittel liegt darüber. Damit ist jetzt schon die Wahrscheinlichkeit für Rentner, zu den Armen zu gehören, doppelt so hoch wie bei denen, die im Erwerbsleben stehen.

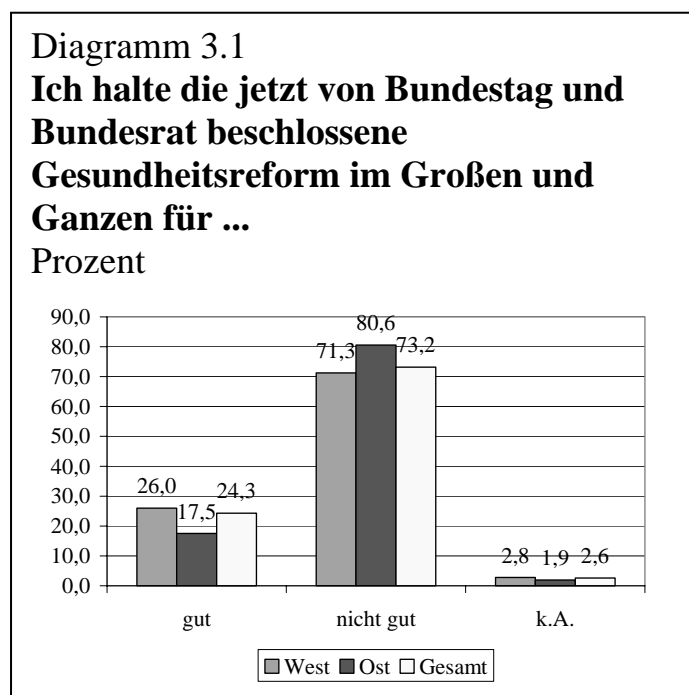
Wird auch nur einiges von dem Realität, was gegenwärtig verkündet und diskutiert wird, dann wird das Rentenniveau insgesamt abgesenkt, und das bedeutet steigende Altersarmut. Der Spruch aus dem fröhlichen Kneipenlied, mit dem dieses Kapitel überschrieben ist, wird dann für viele traurige Realität. In dieser Wohlstandsgesellschaft wird so manche Oma ihr Häuschen verlieren, sei es, weil sie Sozialhilfe braucht, sei es, weil sie die Kosten nicht mehr tragen kann.

Bezüglich der Entwicklung der Renten gibt es in Deutschland eine pessimistische Stimmung. Es ist Mehrheitsmeinung, dass der Staat künftig die Renten nicht mehr sichern kann. Die politischen Vorhaben, die Rentenfinanzierung durch Beitragserhöhung oder durch Leistungskürzung zu gewährleisten und ein Rentenmoratorium zu verordnen, werden von der Bevölkerung zwiespältig bewertet. Es gibt jeweils starke Lager der Akzeptanz dieser Projekte und der Ablehnung. In allen politischen Lagern finden sich dabei auch immer relativ große ablehnende Potenziale. Eine Mehrheit sieht allerdings auch vermehrte Altersarmut voraus.

3. Ist Gesundheit Privatsache?

Krankenversicherungen für Arbeiter und Angestellte sind keine Erfindungen der »sozialen Marktwirtschaft«. In Deutschland wurden die gesetzlichen Krankenkassen vor 120 Jahren eingeführt. Sechs Jahre nach dem Sozialistengesetz, dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und aller sozialdemokratischen Aktivitäten, war ihre Einführung Teil des Bismarckschen Programms zur Regulierung des Klassenkonfliktes. Als »Zuckerbrot und Peitsche« wurde diese Politik von Zeitgenossen charakterisiert. Daran zu erinnern macht Sinn angesichts aktueller Tendenzen, dass ausgerechnet unter sozialdemokratischer Regierung das Grundprinzip der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen immer weiter ausgehöhlt und die Krankheitsrisiken zunehmend wieder privatisiert werden. Diese Politik, die versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer – die Lohnarbeiter – immer stärker belastet, sei es über die Beiträge, sei es durch Zuzahlungen oder private Finanzierung ganzer Leistungsbereiche, ist zugleich eine Politik der Profitsicherung für die Pharmakonzerne.

Dieser Teilbereich der gesetzlich regulierten Umverteilung von unten nach oben, der unter der Tarnbezeichnung »Gesundheitsreform« läuft, ist im Lande gar nicht beliebt.



Das Meinungsbild zur Gesundheitsreform ist so klar, wie es klarer nicht sein kann, sie wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Es ist lediglich ein Viertel der Deutschen, die dieser Gesundheitsreform etwas Positives abgewinnen können, im Osten sind das mit 18 Prozent noch einmal deutlich weniger. Drei Viertel der Deutschen lehnen dieses »Jahrhundert-Reformwerk« ab, im Westen zu 71 Prozent, im Osten gar zu 81 Prozent.

Diese mehrheitliche Ablehnung gibt es in allen Gruppen, bei Männern und Frauen, in allen Generationen.

Einige Besonderheiten werden im Vergleich der Bildungsgruppen erkennbar.

Eine relativ größere Zustimmung gibt es zum einen in der Gruppe ohne abgeschlossene Berufsausbildung, das ist zwar auch eine Minderheit von 33 Prozent im Westen und 20 Prozent im Osten, aber diese Minderheit ist kleiner, die Akzeptanz somit geringfügig größer. In den Gruppen mit mittlerer Bildung ist die Ablehnung der Gesundheitsreform im Westen wie im Osten relativ stark.

Zum anderen besteht ein Unterschied in den Gruppen mit höheren Bildungsabschlüssen, bei Abiturienten und Hochschulabsolventen.

Tabelle 3.1

**Ich halte die Gesundheitsreform für ...
nach Bildung**

Prozent zeilenweise

	gut	nicht gut	k.A.
<i>West</i>			
Volks o. Lehre	33,3	66,7	
Volks m. Lehre	24,4	73,2	2,4
Mittlere Reife	24,4	71,0	4,6
Abitur	35,5	64,5	
Studium	38,5	61,5	
noch Schüler	16,7	83,3	
<i>Ost</i>			
Volks o. Lehre	20,0	60,0	20,0
Volks m. Lehre	11,9	88,1	
Mittlere Reife	16,1	80,6	3,2
Abitur	10,0	90,0	
Studium	11,1	88,9	
noch Schüler	80,0	20,0	

In diesen Gruppen ist im Westen die Zustimmung zur Gesundheitsreform am relativ stärksten, 36 Prozent der Abiturienten und 39 Prozent der Studierenden akzeptieren danach die Gesundheitsreform. Im Osten sind das genau die Gruppen, in denen die Ablehnung der Gesundheitsreform besonders stark ist, hier stimmen ihr nur 10 Prozent der Abiturienten und 11 Prozent der Studierenden zu.

Tabelle 3.2

Ich halte die Gesundheitsreform für ...**nach Wahlabsicht**

Prozent zeilenweise

		gut	nicht gut	k.A.
<i>West</i>	SPD	45,2	50,5	4,3
	CDU	25,4	72,1	2,5
	B90/G	34,5	58,6	6,9
	FDP	29,6	70,4	
	PDS *			
	weiß nicht	6,3	93,8	
	keine	14,8	83,3	1,9
<i>Ost</i>	SPD	42,9	57,1	
	CDU	3,1	93,8	3,1
	B90/G	21,4	78,6	
	FDP *			
	PDS		100,0	
	weiß nicht	7,7	92,3	4,3
	keine	6,7	93,3	

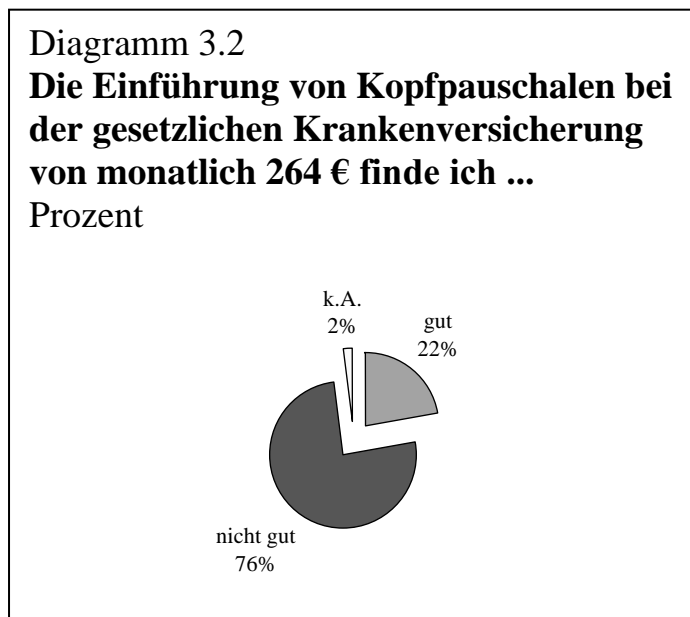
* zu gering besetzt.

Aufschlussreich sind auch die Meinungsbilder in den Anhängerschaften der politischen Parteien, überall – auch bei den Regierungsparteien – überwiegt die Ablehnung, aber es gibt markante Unterschiede. Von den SPD-Wählern lehnen im Westen 51 Prozent und im Osten 57 Prozent die Gesundheitsreform ab, Akzeptanz gibt es von 45 Prozent im Westen und 43 Prozent im Osten, das sind die relativ größten Anteile an Zustimmung, die sich bei der Analyse feststellen lassen. Im Umfeld der Grünen ist die Akzeptanz noch geringer, im Westen sind dies 35 Prozent, im Osten gar nur 21 Prozent, entsprechend lehnen im Westen

fast 60 Prozent und im Osten fast 80 Prozent der Grünen-Anhänger diese Reformen ab. Die Regierungsparteien, die das, was als »Gesundheitsreform« bezeichnet wird, auf den Weg gebracht und politisch durchgesetzt haben, können sich dabei nicht einmal auf eine mehrheitliche Akzeptanz bei den eigenen Anhängern stützen.

Bei den Anhängern der anderen Parteien ist die Situation übersichtlich, sie kommt sowohl von rechts als auch von links. Bei der CDU lehnen 72 Prozent im Westen und 94 Prozent im Osten die Gesundheitsreform ab; bei der FDP sind im Westen 70 Prozent und im Osten 57 Prozent Gegner. Im Umfeld der PDS wird sie vollständig abgelehnt. Auch in den Gruppen der Unschlüssigen und der Nichtwähler ist die Ablehnung der Gesundheitsreform klare Mehrheitsmeinung.

Von verschiedenen Seiten sind in der letzten Zeit Projekte ins Gespräch gebracht worden, die Finanzierung der Krankenversicherung auf sogenannte Kopfpauschalen umzustellen. Auch diese Vorstöße stoßen in der Bevölkerung auf Skepsis und Ablehnung.



Wiederum ist die Akzeptanz im Lande gering, sie liegt bei 22 Prozent. Eine klare Mehrheit von drei Vierteln lehnt diese Pläne zur Einführung einer Kopfpauschale ab.

Tabelle 3.3

Die Einführung von Kopfpauschalen bei der Krankenversicherung finde ich ...**nach Geschlecht**

Prozent zeilenweise

		gut	nicht gut	k.A.
West				
	Frauen	26,5	71,1	2,4
	Männer	17,7	79,7	2,6
Ost				
	Frauen	25,9	74,1	
	Männer	16,3	83,7	

Im Osten wird die Finanzierung der Krankenversicherung über Kopfpauschalen dabei noch stärker abgelehnt als im Westen. In diesem Fall ist die Ablehnung bei Männern noch deutlicher als bei Frauen. Die Männer im Westen lehnen zu 80 Prozent und die im Osten zu 84 Prozent solche Pläne ab. Auch bei den Frauen überwiegt die Ablehnung, aber immerhin 27 Prozent im Westen und 26 Prozent im Osten finden die Umstellung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf Kopfpauschalen akzeptabel.

Größere Differenzierungen, allerdings auch nur im Umfang der Ablehnung, zeigen sich zwischen den Generationen

Tabelle 3.4

Die Einführung von Kopfpauschalen bei der Krankenversicherung finde ich ...**nach Altersgruppen**

Prozent zeilenweise

		gut	nicht gut	k.A.
West				
	unter 25 Jahre	22,2	76,2	1,6
	25 - 39 Jahre	30,8	65,9	3,3
	40 - 54 Jahre	26,9	71,2	1,9
	55 - 69 Jahre	14,1	84,7	1,2
	über 70 Jahre	13,3	80,0	6,7
Ost				
	unter 25 Jahre	25,0	75,0	
	25 - 39 Jahre	26,9	73,1	
	40 - 54 Jahre	18,2	81,8	
	55 - 69 Jahre	14,8	85,2	
	über 70 Jahre	23,1	76,9	

Der erkennbare Zusammenhang ist: je älter desto stärker wird Ablehnung artikuliert. Von der jüngsten Altersgruppe lehnen im Westen 76 Prozent und im Osten 75 Prozent Kopfpauschalen ab, sie werden nur von 22 Prozent dieser Gruppe im Westen und 25 Prozent im Osten akzeptiert. Die relativ größte Zustimmung findet sich in der jüngeren Generation, bei der im Westen 31 Prozent und im Osten 27 Prozent sich offenbar mit einem solchen Projekt anfreunden können. Aber auch in dieser Gruppe ist die Ablehnung klare Mehrheitsmeinung von 66 Prozent im Westen und 73 Prozent im Osten. Bei der mittleren Generation gibt es einen West-Ost-Unterschied, im Westen sind es immerhin 27 Prozent und im Osten nur 18 Prozent, die zustimmen. Aber dieser Unterschied ist sekundär angesichts der deutlichen Ablehnung durch 71 Prozent im Westen und 82 Prozent im Osten. In den älteren Generationen ist die Ablehnung noch massiver und liegt in Ost und West zwischen 77 und 85 Prozent.

Die mehrheitliche Ablehnung zieht sich durch die Anhängerschaften aller Parteien.

Tabelle 3.5

Die Einführung von Kopfpauschalen bei der Krankenversicherung finde ich ...

Prozent zeilenweise

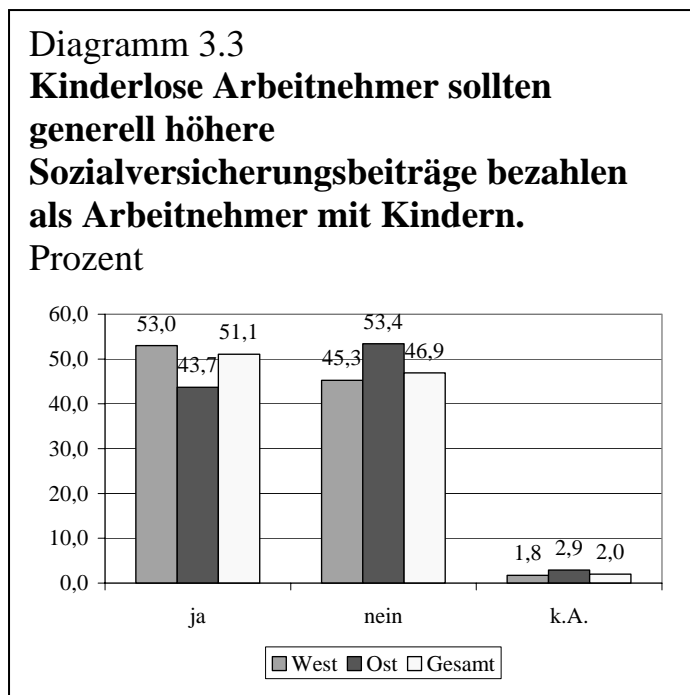
nach Wahlabsicht

	gut	nicht gut	k.A.
West			
SPD	31,7	67,1	1,2
CDU	21,4	77,0	1,6
B90/G	11,8	85,3	2,9
FDP	40,0	60,0	
PDS *			
weiß nicht	17,6	72,5	9,8
keine	14,7	84,0	1,3
Ost			
SPD	30,8	69,2	
CDU	17,1	82,9	
B90/G *			
FDP *			
PDS	60,0	40,0	
weiß nicht	6,7	93,3	
keine	28,6	71,4	

* zu gering besetzt.

Als Kuriosum kann wohl angesehen werden, dass sich gerade im Umfeld der PDS im Osten eine Mehrheit von 60 Prozent findet, die Kopfpauschalen gut findet, und nur 40 Prozent sie zurückweisen. Ansonsten dominiert auch unter dem Aspekt der Wahlabsicht die Ablehnung. CDU-Anhänger lehnen Kopfpauschalen im Westen zu 77 Prozent und im Osten zu 83 Prozent ab. Bei der FDP liegt dieser Anteil bei 60 Prozent und bei den Grünen sogar bei 85 Prozent. Ein wenig mehr Akzeptanz findet der Vorschlag im Umfeld der SPD, wo im Westen 32 Prozent und im Osten 31 Prozent zustimmen, aber auch hier handelt es sich um Minderheitsmeinungen, 67 Prozent im Westen und 69 Prozent im Osten lehnen Kopfpauschalen ab.

Seit einiger Zeit geistert auch der Vorschlag im politischen Raum, kinderlose Arbeitnehmer sollten bei den Sozialversicherungen stärker zur Kasse gebeten werden als Arbeitnehmer mit Kindern.



Die Meinungen zu einem solchen Projekt sind gespalten, und es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen den Meinungsbildern im Westen und im Osten. Insgesamt gibt es eine leichte Mehrheit in Deutschland, die einem solchen Unterschied in den Kassenbeiträgen zustimmen, aber mit 47 Prozent ist es auch fast die Hälfte, die das ablehnt. Im Westen gibt es eine Mehrheit von 53 Prozent dafür, 45 Prozent sind hier dagegen. Im Osten ist das Meinungsbild umgekehrt, hier werden höhere Sozialversicherungsbeiträge für Kinderlose von einer

Mehrheit von 53 Prozent abgelehnt, 44 Prozent sprechen sich dafür aus.

Dabei haben Frauen und Männer in Ost und West unterschiedliche Meinungsbilder.

Tabelle 3.6

Kinderlose Arbeitnehmer sollten generell höhere Sozialversicherungsbeiträge bezahlen als Arbeitnehmer mit Kindern. nach Geschlecht

Prozent zeilenweise

		ja	nein	k.A.
<i>West</i>				
	Frauen	50,2	47,8	1,9
	Männer	56,5	42,4	1,0
<i>Ost</i>				
	Frauen	47,2	49,1	3,8
	Männer	40,0	58,0	2,0

Bei Frauen gibt es insgesamt ein ausgewogeneres Meinungsbild, im Westen sind 50 Prozent für eine solche Differenzierung der Beiträge, im Osten sind 47 Prozent dafür und 49 Prozent dagegen. Der Unterschied liegt bei den Männern. Im Westen sind 57 Prozent der Männer für höhere Sozialversicherungsbeiträge für Kinderlose, 42 Prozent sind dagegen. Völlig anders sind die Meinungen bei den Männern im Osten verteilt, hier sind nur 40 Prozent dafür und 58 Prozent sind es, die eine solche Umgestaltung der Kassenbeiträge ablehnen.

Größere Differenzierungen gibt es nach Bildungsabschlüssen.

Tabelle 3.7

Kinderlose Arbeitnehmer sollten generell höhere Sozialversicherungsbeiträge bezahlen als Arbeitnehmer mit Kindern.

Prozent zeilenweise

	ja	nein	k.A.
West			
Volks o. Lehre	58,6	31,0	10,3
Volks m. Lehre	44,5	54,9	0,6
Mittlere Reife	58,5	40,7	0,8
Abitur	72,2	27,8	
Studium	50,0	45,8	4,2
noch Schüler	52,2	43,5	4,3
Ost			
Volks o. Lehre	77,8	11,1	11,1
Volks m. Lehre	23,5	76,5	
Mittlere Reife	54,1	45,9	
Abitur	25,0	50,0	25,0
Studium	37,5	62,5	
noch Schüler	71,4	28,6	

Hier tritt eine Tendenz zu Tage, die bereits in den Meinungen zur Gesundheitsreform erkennbar war. Menschen ohne beruflichen Abschluss stimmen signifikant häufiger zu. Im Westen nimmt ansonsten mit steigender Bildung die Akzeptanz zu. Im Osten ist die Ablehnung sowohl bei Personen mit relativ niedrigen Abschlüssen stark als auch bei höher Gebildeten. Besonders deutlich ist der Unterschied bei Abiturienten. Während im Westen 50 Prozent höheren Sozialversicherungen für Kinderlose zustimmen, sind das im Osten nur 25 Prozent.

Auf dem Felde der Gesundheitspolitik, zu den Projekten der Gestaltung der Sozialversicherungen, die ja gegenwärtig alle darauf hinauslaufen, die paritätische Finanzierung abzubauen und die privaten Anteile zu erhöhen, gibt es in der Bevölkerung besonders starke Skepsis und verbreitete Ablehnung, aber auch Verunsicherung. Dabei reicht die Ablehnung bis weit in die Umfelder der regierenden Parteien hinein. Interessant ist allerdings in diesem Zusammenhang auch, dass kaum in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert wird, was die Ursachen für die Finanzmisere im Gesundheitswesen sind: die Preispolitik der Pharmaindustrie, der Eigenverbrauch der Versicherungsträger, ge-

nerell die Besitzstandswahrung in diesem Bereich der »Gesundheitsindustrie«.

4. Rechnen schwach: Über Subventionen und Steuern

Der Haushalt ist das Kernstück des Politischen, manche der Akteure mögen ja ihre Sonntagsreden dafür halten oder die Hintergrundgespräche mit Journalisten oder das Sektfrühstück mit Lobbyisten aus Wirtschaftsverbänden. Staatliches Eingreifen in den Gang der Dinge verlangt immer den Einsatz von Ressourcen, also meist – direkt oder indirekt – von Geld. Und da man dieses nur verteilen kann, wenn man es vorher irgendwo besorgt hat, geht es um Einnahmen und Ausgaben. Diese Grundwahrheit ist eigentlich jederfrau und jedermann bekannt, nur Politiker scheinen zu meinen, dass sie sich darum permanent herummogeln können. Bis die Sache platzt, was sich darin äußert, dass die aufgehäuften Schulden jegliches Agieren unterbinden, Haushaltdefizit. Das Haushaltdefizit in der Bundesrepublik Deutschland kann fertigbringen, was in der Wirtschaft einfach nicht stattfinden will, es wächst und wächst scheinbar von ganz alleine, und so treibt die Ausgabefreudigkeit der Politiker das Staatsgebilde von Finanzkrise zu Finanzkrise.

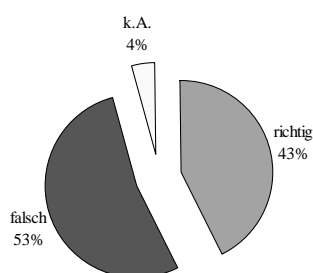
Steuer- und Subventionspolitik sind die Themen unserer Zeit. Andere Probleme werden fast ausnahmslos davon dominiert, was sie kosten oder einbringen können, wo gekürzt und gespart werden kann, wem man wieviel Geld zusätzlich abknöpfen wird. Diese Fragen absorbieren alle Phantasie der herrschenden politischen Elite.

Letztlich läuft das immer auf die Frage hinaus, wie den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern tiefer in die Taschen gegriffen oder bei welchen Leistungen gespart werden kann. Damit geht das Thema alle an und ist auch in der öffentlichen Meinung ständig präsent.

Politische Entscheidungen, irgend etwas oder irgend jemanden zu unterstützen oder zu fördern, haben die Eigenschaft, kumulierend zu wirken, sie addieren sich und sie setzen Anreize. Dadurch ist der Haushalt des armen Staates Bundesrepublik durch Subventionen in Milliardenhöhe gebeutelt. Die sollen nun gekürzt werden. Die öffentliche Meinung dazu ist gespalten.

Diagramm 4.1

**Angesichts der Finanzlage des Staates
sämtliche Subventionen wie
Eigenheimzulage, Kilometerpauschale,
Steinkohle, Werften, Landwirtschaft um
etwa 4 % zu kürzen, halte ich für ...**
Prozent



Die Frage, zu der die Ergebnisse hier präsentiert werden, reihte unterschiedslos Subventionen für Wirtschaftsunternehmen und Leistungen für private Haushalte als Unterstützungen oder Entschädigungen für zusätzlichen Aufwand aneinander. Das ist problematisch, weil vermutet werden kann, dass Mehrheiten Finanzspritzen für unrentable Altindustrien oder für Wettbewerbsvorteile für Konzerne anders bewerten als die Unterstützung von Familien mit Kindern und/oder besonderen Belastungen. Das methodische Vorgehen ist aber insofern begründet, als die Rede der Politiker war, die Subventionen »ohne Tabu auf den Prüfstand« stellen zu wollen.

Dafür gibt es in der Bevölkerung keine Mehrheit, nur 43 Prozent sprechen sich für eine pauschale Subventionskürzung aus. Eine leichte Mehrheit von 53 Prozent spricht sich eindeutig dagegen aus und vier Prozent mochten sich wohl nicht entscheiden.

Dieses Meinungsbild überwiegender Ablehnung gibt es in West und Ost (siehe Tabellen A12.1 und A12.2 im Anhang), im Osten ist dabei

die Ablehnung genereller Subventionskürzungen noch deutlich stärker.

Die Mehrheit gegen die Kürzungen kommt vor allem durch das Meinungsbild bei Frauen zustande.

Tabelle 4.1

Angesichts der Finanzlage des Staates sämtliche Subventionen um etwa 4 % zu kürzen, halte ich für ...

nach Geschlecht

Prozent zeilenweise

		richtig	falsch	k.A.
West				
	Frauen	34,1	62,0	3,8
	Männer	56,5	40,8	2,6
Ost				
	Frauen	18,5	74,1	7,4
	Männer	50,0	41,7	8,3

Im Westen sind es nur 34 Prozent der Frauen, die für Subventionskürzungen votieren, aber 57 Prozent der Männer. 62 Prozent der Frauen halten diese Rasenmäher-Methode für falsch und immerhin auch 41 Prozent der Männer. Im Osten sind die Relationen noch deutlicher, nur 19 Prozent der Frauen sind für diese Kürzungen und 74 Prozent halten sie für falsch, bei den Männern im Osten sind die Relationen 50 zu 42 Prozent.

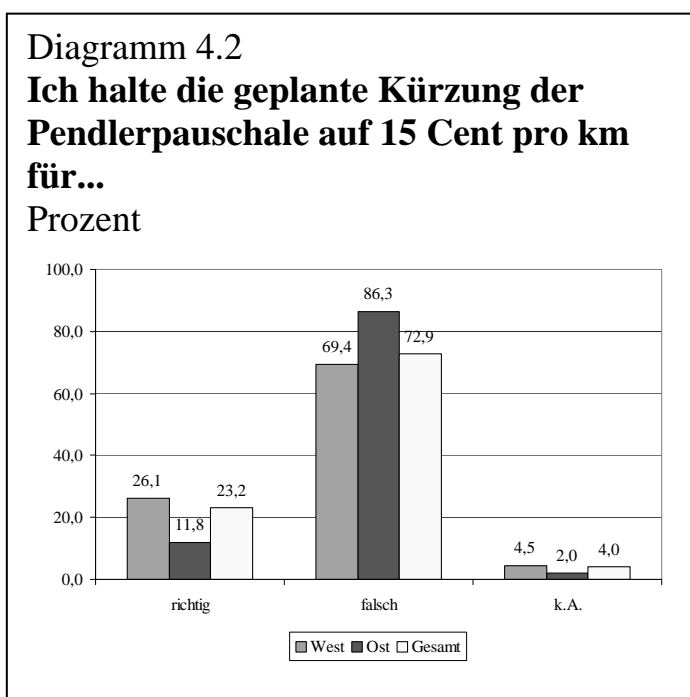
In den Anhängerschaften der einzelnen Parteien gibt es bei dieser Frage interessante Differenzierungen. Im Umfeld von SPD und Grünen im Westen gibt es mit 56 bzw. 52 Prozent leichte Mehrheiten für Kürzungen, aber auch die Kürzungsgegner sind stark, 44 Prozent bei SPD und 48 Prozent bei den Grünen. Die größte Zustimmung bei dieser Frage kommt von den Anhängern der FDP, hier sind mehr als zwei Drittel für die Kürzungen und nur ein knappes Drittel ist dagegen. Anders sind Relationen im Umfeld der CDU im Westen, hier ist die Zustimmung mit 39 Prozent Minderheitsposition, eine Mehrheit von 59 Prozent ist dagegen. Im Osten ist das Meinungsbild nach politischen Orientierungen deutlich anders, CDU-Anhänger sind mehrheitlich für pauschale Subventionskürzungen, und die SPD-Anhänger sind es, die mehrheitlich dagegen votieren. Im Umfeld der PDS war keine Zustimmung messbar und zwei Drittel sprachen sich klar dagegen aus.

Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern überwiegt die Ablehnung der generellen Subventionskürzungen mehr oder weniger deutlich.

Tabelle 4.2				
Angesichts der Finanzlage des Staates sämtliche Subventionen um etwa 4 % zu kürzen, halte ich für ...				
nach Wahlabsicht				
Prozent zeilenweise				
		richtig	falsch	k.A.
West				
	SPD	55,6	44,4	
	CDU	37,9	58,9	3,2
	B90/G	51,7	48,3	
	FDP	68,0	32,0	
	PDS *			
	weiß nicht	31,3	56,3	12,5
	keine	48,3	50,0	1,7
Ost				
	SPD	21,4	57,1	21,4
	CDU	51,4	40,5	8,1
	B90/G *			
	FDP *			
	PDS		66,7	33,3
	weiß nicht	21,1	73,7	5,3
	keine	33,3	66,7	

* zu gering besetzt.

Dass die oben geäußerte Vermutung hinsichtlich unterschiedlicher Bewertung von Subventionen für Wirtschaftsunternehmen einerseits und Leistungen für Privathaushalte andererseits zutrifft, zeigt sich bei den Meinungen zur Kürzung der Pendlerpauschale.



Die klare Mehrheitsmeinung ist, dass 0,15 € pro Kilometer zu wenig sind, um den Mehraufwand für weite Arbeitswege zu kompensieren. Diese Kürzung widerspricht natürlich eklatant der z.B. im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit immer erhobenen Forderung nach mehr Flexibilität. Arbeitslose werden bis zum Leistungsentzug bestraft, wenn sie nicht flexibel sind, wenn sie flexibel sind und dabei einen langen Arbeitsweg in Kauf nehmen, werden sie auch bestraft. Die Menschen durchschauen das, deshalb sind 73 Prozent in Deutschland dagegen, die Zustimmung zu diesem eifrig propagierten Projekt fällt mit 23 Prozent sehr dürftig aus. Wiederum ist im Osten mit 12 Prozent die Zustimmung noch geringer als im Westen, wo 26 Prozent für diese Kürzung votieren. Entsprechend lehnen im Westen fast 70 Prozent diesen Eingriff in die Tasche eines erheblichen Teiles der Berufstätigen ab, im Osten ist die ablehnende Mehrheit von 86 Prozent noch größer.

Frauen reagieren wohl auf politische Vorhaben der Leistungskürzung generell sensibler.

Auch bei der Frage der Kürzung der Pendlerpauschalen sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern deutlich. Im Westen halten 74 Prozent der Frauen diese Kürzungen für falsch, von den Männern ist auch eine Mehrheit dagegen, aber mit 65 Prozent weniger. Umgekehrt stimmen hier nur 22 Prozent der Frauen zu, aber 31 Prozent der Männer. Im Osten, wo die Ablehnung insgesamt deutlich stärker artikuliert wird, ist der Unterschied bei den Geschlechtern geringer; 87 Prozent

Tabelle 4.3

Ich halte die geplante Kürzung der Pendlerpauschale auf 15 Cent pro km für...**nach Geschlecht**

Prozent zeilenweise

		richtig	falsch	k.A.
West				
	Frauen	21,6	74,0	4,3
	Männer	30,5	64,7	4,7
Ost				
	Frauen	11,3	86,8	1,9
	Männer	14,3	85,7	

der Frauen und 86 Prozent der Männer, dafür votieren im Osten 11 Prozent der Frauen und 14 Prozent der Männer.

Dieses Meinungsbild überwiegender Ablehnung ist in allen Gruppen zu konstatieren (siehe Tabellen A13.1 und A13.2 im Anhang).

Tabelle 4.4

Ich halte die geplante Kürzung der Pendlerpauschale auf 15 Cent pro km für...**nach Wahlabsicht**

Prozent zeilenweise

		richtig	falsch	k.A.
West				
	SPD	36,7	59,5	3,8
	CDU	16,0	80,9	3,1
	B90/G	40,0	57,1	2,9
	FDP	20,0	80,0	
	PDS *			
	weiß nicht	23,7	66,1	10,2
	keine	25,9	72,4	1,7
Ost				
	SPD	9,1	90,9	
	CDU	6,1	93,9	
	B90/G *			
	FDP *			
	PDS	14,3	85,7	
	weiß nicht	35,7	64,3	
	keine	16,7	83,3	

Mit dem Vorhaben, die Pendlerpauschalen zu kürzen, wird sich keine Partei in ihrer Wählerschaft viele Freunde machen, in allen Umfeldern in West und Ost gibt es mehrheitliche Ablehnung. Im Westen ist sie bei den Wählern von CDU mit 81 Prozent und FDP mit 80 Prozent am größten. Aber auch bei den Regierungsparteien votieren jeweils Minderheiten dagegen, 37 Prozent bei der SPD und 40 Prozent bei den Grünen. Gleichfalls sehr starke Ablehnung gibt es bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern. Im Osten sind 94 Prozent der CDU-Wähler, 91 Prozent der SPD-Wähler und 86 Prozent der PDS-Wähler gegen eine Absenkung der Pendlerpauschale.

Es ist nicht ganz so, dass die Politiker des Mainstreams die Einnahmeseite der Steuerpolitik völlig aus dem Blick lassen.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte im Jahr 2002 Steuereinnahmen in Höhe von 441,7 Milliarden €.

Tabelle 4.5

Zusammensetzung der Steuereinnahmen 2002 – Auswahl

Steuerart	Mld. €	Veränd. gegenüber Vorjahr	Anteil an 2002 Prozent
Lohnsteuer (+ Soli.)	142,6	-0,5	32,3
Umsatzsteuer	138,2	-0,5	23,8
Verbrauchssteuern	83,5	5,3	18,9
dar. Mineralöl	42,2	3,7	9,6
Einkommenssteuer	22,5	-24,2	4,8
Vermögens- u. Erbschaft.	3,3	-9,8	0,7
Gewerbesteuer	23,5	-4,3	5,2
Körperschaftssteuer	2,9	-773,0	0,4
übrige Steuern	25,2		16,2

Zusammengestellt und berechnet nach:

Somit kommen 75 Prozent des Steueraufkommens von der Masse der Bevölkerung (mit mittleren bis niedrigen Einkommen), vor allem von den Lohnabhängigen. Einkommenssteuer (die auch nicht nur von wirklich Reichen gezahlt wird), Vermögens-, Erbschafts- und Körperschaftssteuer machen insgesamt nur 11 Prozent aus. Der eigentliche Skandal liegt in der Entwicklung der Körperschaftssteuer, sie ist von

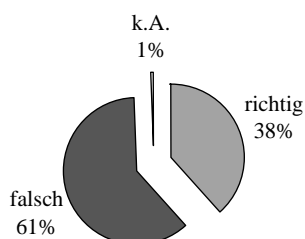
reichlich 28 Milliarden auf 2,9 Milliarden zurückgegangen. Das war politisch gewollt, und sollte – so verlautet es aus den Finanzbehörden – eine indirekte Subventionierung von Kapitalgesellschaften sein. Die Annahme war, dass die Rückgänge hier durch Mehreinnahmen bei den Einkommenssteuern mehr als ausgeglichen würden. Wie man sieht, war diese Annahme falsch, die Einkommenssteuer ist sogar um ein Viertel geschrumpft, und das ist überhaupt nicht verwunderlich. Bei Gewerbe- und Körperschaftssteuer gibt es kaum Spielräume, die sind recht übersichtlich. Völlig anders ist es bei den Einkommenssteuern, der Markt mit Büchern und Computerprogrammen »für ganz legale Steuertipps« boomt.

Erkennbar wird: Die gesamte Neuverschuldung des Staates Bundesrepublik Deutschland ist durch den Rückgang bei Körperschaftssteuern und Einkommenssteuern verursacht. Das ist das Ergebnis der zweiten Stufe der Steuerreform, sie bewirkt, dass die Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen weniger Steuern zahlen. Die Defizite werden durch Lohn- und Verbrauchssteuern verringert oder in Hypotheken auf die Zukunft verwandelt, was wiederum durch die »kleinen« Leute zu tragen sein wird, von denen ja 75 Prozent der Steuern eingetrieben werden.

Neben der Absenkung des Spitzensteuersatzes, was eine Begünstigung der Besserverdienenden bedeutet und den hohen Anteil der lohnabhängig Beschäftigten am Steueraufkommen noch weiter in die Höhe treiben wird, soll jetzt »Steuersündern« (das sind diejenigen, die Steuern hinterziehen) Straffreiheit in Aussicht gestellt werden.

Diagramm 4.3

Dass Steuersünder in Zukunft straffrei bleiben sollen, wenn sie ihr illegal auf die Seite gebrachtes Schwarzgeld nachträglich versteuern, halte ich für ...
Prozent



Auch dieses Vorhaben stößt auf den Widerspruch von Mehrheiten. Auch die Möglichkeiten, Steuern zu hinterziehen, sind in Deutschland in einem hohen Maße sozial ungleich verteilt. Wer das Einkommen allein aus abhängiger Beschäftigung (also als Lohn) bezieht oder nur von Rente, Stipendium, Sozialhilfe u.ä. lebt, der hat gar keine Chance, sein Lebensniveau durch Steuerhinterziehung zu verbessern. Wer allerdings Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus Gewinnen, aus Honoraren oder anderen Vergütungen realisiert, für den gibt es für »phantasievolle Steuervermeidung« reichhaltige Möglichkeiten, und zwar je höher desto mehr. Politiker sehen darüber meist hinweg, aber in der Bevölkerung wissen oder ahnen das viele. Deshalb ist es eine Mehrheit von 61 Prozent, die eine Amnestie für Steuerhinterzieher als falsch ablehnt, nur 38 Prozent sind es, die einer Straffreiheit für derartige Delikte zustimmt. Dieses Meinungsbild ist in Ost und West etwa gleich (siehe die Tabellen A14.1 und A14.2 im Anhang).

Markante Differenzierungen gibt es dabei allerdings zwischen den Altersgruppen.

Tabelle 4.6

Dass Steuersünder in Zukunft straffrei bleiben sollen, wenn sie ihr illegal auf die Seite gebrachtes Schwarzgeld nachträglich versteuern, halte ich für ...

nach Altersgruppen

Prozent zeilenweise

	richtig	falsch	k.A.
West			
unter 25 Jahre	20,8	79,2	
25 - 39 Jahre	47,0	52,0	1,0
40 - 54 Jahre	50,0	50,0	
55 - 69 Jahre	37,0	62,0	1,1
über 70 Jahre	27,1	72,9	
Ost			
unter 25 Jahre	58,8	41,2	
25 - 39 Jahre	40,0	56,0	4,0
40 - 54 Jahre	29,2	70,8	
55 - 69 Jahre	40,0	60,0	
über 70 Jahre		100,0	

Die Besonderheit gibt es in der jüngsten Generation. Im Westen ist das die Altersgruppe, in der die Ablehnung der Amnestie für Steuerhinterzieher mit 79 Prozent am größten ist, nur 21 Prozent stimmen zu. Im Osten ist das anders, hier sind die Jüngsten die einzige Gruppe, in der es mit 59 Prozent eine mehrheitliche Zustimmung gibt, 21 Prozent lehnen ab. Ansonsten ist die allgemeine Tendenz, dass mit zunehmenden Alter die Ablehnung immer häufiger wird und die Zustimmung zu einer Amnestie für Steuerdelikte anteilig zurückgeht. Auch nach Wahlabsicht werden Unterschiede deutlich.

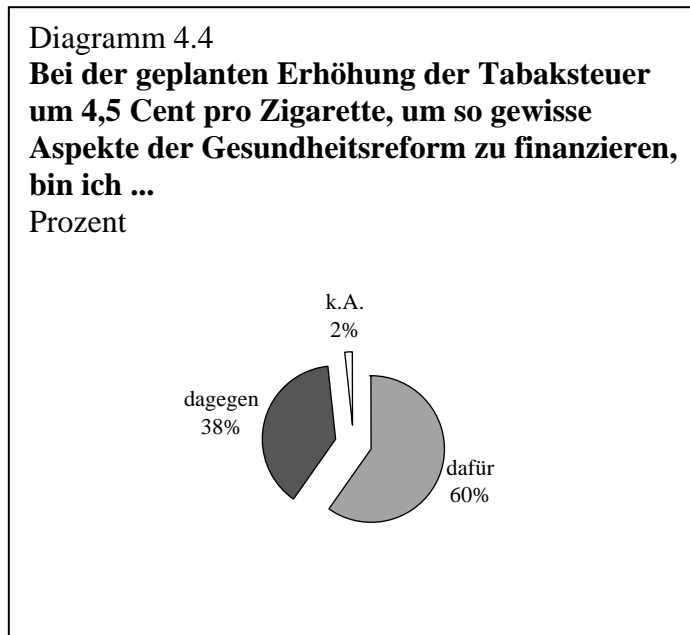
Tabelle 4.7				
Dass Steuersünder in Zukunft straffrei bleiben sollen, wenn sie ihr illegal auf die Seite gebrachtes Schwarzgeld nachträglich versteuern, halte ich für ...				
nach Wahlabsicht				
Prozent zeilenweise				
		richtig	falsch	k.A.
<i>West</i>				
	SPD	33,7	66,3	
	CDU	38,5	61,5	
	B90/G	62,1	37,9	
	FDP	44,4	55,6	
	PDS *			
	weiß nicht	36,2	63,8	
	keine	40,7	59,3	
<i>Ost</i>				
	SPD	50,0	50,0	
	CDU	28,1	71,9	
	B90/G *			
	FDP *			
	PDS	50,0	50,0	
	weiß nicht	46,2	46,2	7,7
	keine	46,7	53,3	

In den Umfeldern von allen Parteien gibt es jeweils Anteile mit zustimmenden und ablehnenden Positionen. In den westdeutschen Bundesländern gibt es in den Wählerschaften von SPD, CDU und FDP zu diesem Vorhaben ablehnende Mehrheiten. Die Grünen sind die einzige Partei, in deren Umfeld eine Amnestie für Steuersünder mehrheitlich für richtig befunden wird, das sind 62 Prozent gegenüber 38 Prozent, die dieses Vorhaben als falsch ansehen. Bei Unentschlossenen und Nichtwählern sind die Meinungen etwa so verteilt wie in der Gesamtheit, es überwiegt also die Ablehnung.

Im Osten ist die Ablehnung bei CDU-Wählern mit 72 Prozent besonders stark, unter SPD- und PDS-Wählern sind die Meinungen gespal-

ten, jeweils die Hälfte findet diese Pläne richtig bzw. falsch. Auch bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern im Osten sind die Meinungen dazu ausgewogener verteilt. Die insgesamt stärker vertretene Ablehnung im Osten kommt also vor allem durch das Meinungsbild in der Wählerschaft der CDU zustande.

Zu den Projekten auf diesem Politikfeld gehört auch die Erhöhung der Tabaksteuer um 4,5 Cent pro Zigarette.



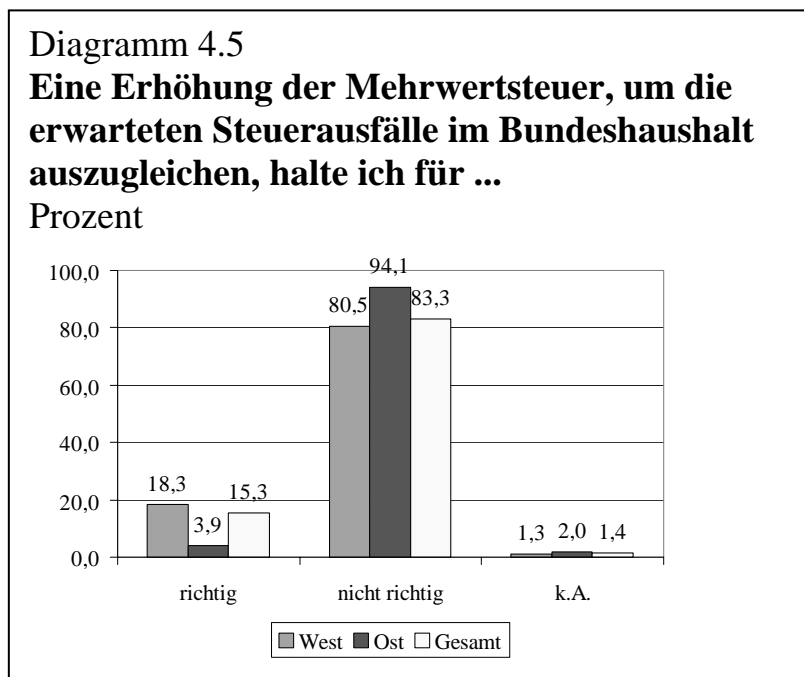
Das ist das einzige in diesem Zusammenhang behandelte Projekt, zu dem Analyseergebnisse vorliegen, das in Deutschland mehrheitlich akzeptiert wird, 60 Prozent sind für eine Erhöhung der Tabaksteuer und 38 Prozent sind dagegen, die Meinungsbilder im Westen und Osten sind dabei ähnlich (siehe die Tabellen A15.1 und A15.2 im Anhang).

Tabelle 4.8
Bei der geplanten Erhöhung der Tabaksteuer bin ich ...
 nach Geschlecht
 Prozent zeilenweise

		dafür	dagegen	k.A.
West	Frauen	56,6	40,1	3,3
	Männer	63,7	36,3	
Ost	Frauen	47,1	52,9	
	Männer	71,2	25,0	3,8

Die Zustimmung ist in diesem Fall bei Männern (64 Prozent im Westen, gar 71 Prozent im Osten) noch deutlich stärker als bei Frauen, die im Westen zu 57 dagegen sind, im Osten ist eine leichte Mehrheit der Frauen gegen die Erhöhung der Tabaksteuer. Einen deutlichen Zusammenhang unter sozialen Aspekten gibt es weiterhin nach Schulabschlüssen: Je höher der Abschluss, um so größer die ablehnende Mehrheit.

Bei den laut geäußerten Überlegungen von Politikern wird immer wieder auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in die Diskussion gebracht. Dazu gibt es aus der Bevölkerung kräftigen Gegenwind.



Die Mehrwertsteuer ist zwar recht übersichtlich, was ihren Inhalt betrifft, ist sie für viele unklar: Wenn etwas verkauft wird, ist es doch nicht »mehr wert« als zuvor. In der Sache ist es eine Umsatzsteuer und eine Verbrauchssteuer zugleich. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, das ist bekannt, wirkt unmittelbar verbrauchsmindernd. Und sie würde gleichfalls in ihrer Wirkung soziale Ungleichheiten vertiefen: Alle Gruppen, die ihr ganzes Einkommen oder den größten Teil davon dafür verwenden müssen, ihren Lebensprozess zu finanzieren, also die unteren bis mittleren Einkommensgruppen, würden zu Einschränkungen gezwungen, das betrifft die Mehrheit der Haushalte und dabei die Rentnerhaushalte und die der Arbeitslosen noch besonders. Vor diesem Hintergrund ist das Meinungsbild zu etwaigen Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer realistisch. Eine klare

Mehrheit von 83 Prozent lehnt eine solche Steuererhöhung ab. Zustimmung kommt nur von 15 Prozent.

Zugleich ist die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung in den verschiedenen Altersgruppen überraschend, und es gibt dabei einen West-Ost-Unterschied.

Tabelle 4.9		Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer halte ich für ...		
nach Altersgruppen		Prozent zeilenweise		
		richtig	falsch	k.A.
West				
	unter 25 Jahre	7,1	92,9	
	25 - 39 Jahre	9,1	89,9	1,0
	40 - 54 Jahre	20,8	79,2	
	55 - 69 Jahre	25,9	74,1	
	über 70 Jahre	28,8	64,4	6,8
Ost				
	unter 25 Jahre	7,1	85,7	7,1
	25 - 39 Jahre	4,0	96,0	
	40 - 54 Jahre	3,7	92,6	3,7
	55 - 69 Jahre		100,0	
	über 70 Jahre	7,1	92,9	

Zwar gibt es in allen Altersgruppen Mehrheiten, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ablehnen, aber im Westen werden mit zunehmendem Alter die ablehnenden Anteile deutlich kleiner und die Zustimmung wächst. Im Osten steigt tendenziell mit zunehmendem Alter die Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung noch an.

Was hätten nun Parteien zu erwarten, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf ihre Fahnen schrieben?

Tabelle 4.10

**Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer halte ich für ...
nach Wahlabsicht**

Prozent zeilenweise

		richtig	falsch	k.A.
West				
	SPD	18,2	80,5	1,3
	CDU	17,8	82,2	
	B90/G	29,6	66,7	3,7
	FDP	18,8	68,8	12,5
	PDS *			
	weiß nicht	18,3	78,3	3,3
	keine	14,3	85,7	
Ost				
	SPD		100,0	
	CDU	6,9	89,7	
	B90/G *			
	FDP *			
	PDS	8,3	91,7	
	weiß nicht		100,0	
	keine		100,0	

* zu gering besetzt.

In den Umfeldern aller Parteien gibt es in West und Ost klare Mehrheiten, die ein Anheben der Mehrwertsteuer für falsch halten und ablehnen. Besonders stark ist diese Ablehnung bei allen Wählerpotenzialen im Osten und auch bei SPD und CDU im Westen. Nur bei den Wählern von FDP und Grünen im Westen fällt die Ablehnung mit 69 bzw. 67 Prozent etwas geringer aus, bei den Grünen ist zudem mit 30 Prozent der akzeptierende Anteil relativ groß. Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern ist gleichfalls eine sehr starke Ablehnung solcher Vorhaben zu verzeichnen.

Es ist also klar, eine Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland wäre kein Publikumsrenner, sie würde Unmut und Verdruss in der Bevölkerung verstärken.

Die diversen steuerpolitischen Vorhaben laufen unter der Losung, »den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen«. Ob das gelingt, ist in der gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftskrise mehr als fraglich. Das reale Ergebnis ist, dass die Um-

verteilung von unten nach oben in keiner Weise gestoppt, sondern durch die aktuelle Steuerpolitik weitergetrieben ist und wird. Vor allem die großen Kapitale sind es, die profitieren, sie tragen bei steigenden oder anhaltend hohen Gewinnen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Bei der dritten Stufe der Steuerreform wird es – da muss man kein Prophet sein – nicht anders laufen. Steuerpolitik ist sozial ungerecht – bevorteilt die einen, benachteiligt die anderen. Der neoliberale Zeitgeist lacht sich ins Fäustchen.

5. Neoliberales: Das Abgelehnte erhält den Zuschlag

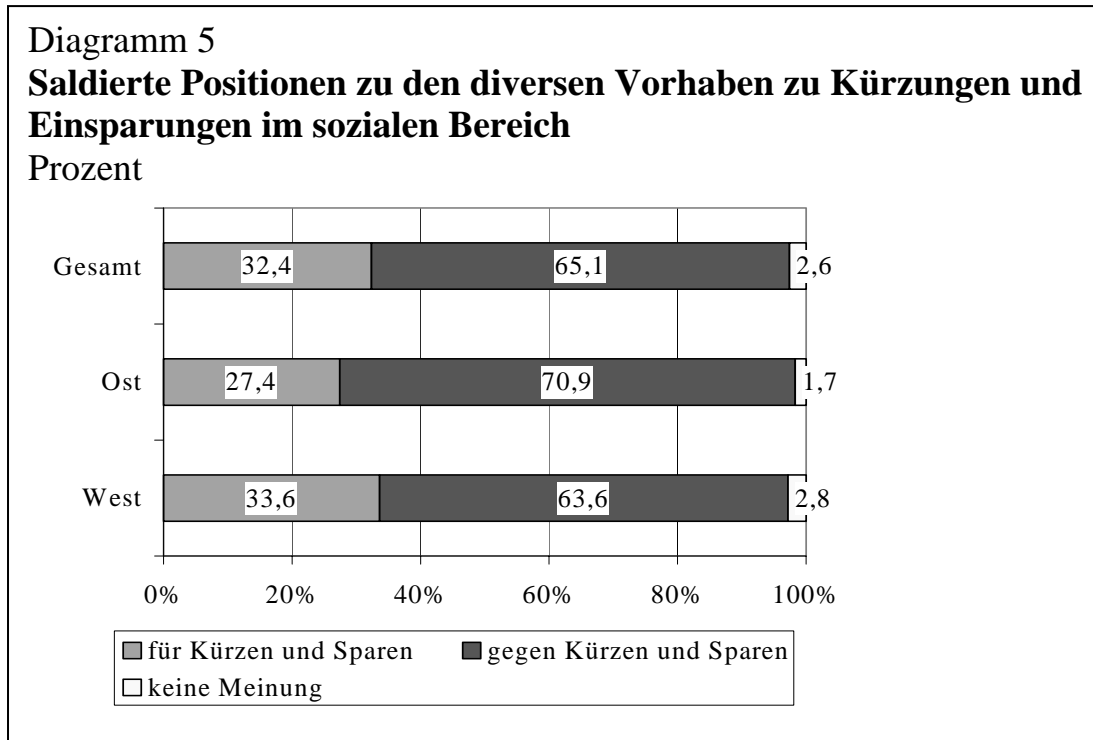
Was an sozialpolitisch relevanten Projekten in der Bundesrepublik gegenwärtig im Gange oder in die Diskussion gebracht ist, stößt in der Bevölkerung fast durchgängig auf mehrheitliche Ablehnung.

Bei der Rentenpolitik gilt das für eine Anhebung des Renteneingangsalters. Bezüglich der Alternative Rentenkürzung oder Beitragserhöhung und beim Aussetzen der Rentenanpassung sind die Meinungen gespalten, obwohl eine große Mehrheit mit einem weiteren Ansteigen von Altersarbeitslosigkeit rechnet.

Die Gesundheitspolitik wird generell kritisch gesehen. Die Gesundheitsreform, eben beschlossen, findet nur bei einer kleinen Minderheit Akzeptanz. Eine Einführung von Kopfpauschalen bei der Sozialversicherung wird gleichfalls von einer großen Mehrheit abgelehnt. Hinsichtlich des Vorschlages, höhere Beiträge für Kinderlose einzuführen, sind die Meinungen geteilt.

In Fragen der Steuerpolitik und der Subventionspolitik sind die Meinungsbilder differenzierter. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde von einer übergroßen Mehrheit abgelehnt, ähnlich starke Ablehnung findet die Kürzung der Pendlerpauschalen. Nur leichte Mehrheiten sind für generelle Subventionskürzungen und gegen eine Amnestie für Steuerhinterzieher, zu diesen Projekten gibt es also auch eine relativ starke Akzeptanz. Allein die Erhöhung der Tabaksteuer trifft auf mehrheitliche Zustimmung. Zur Grundstimmung im Land gehört auch, dass es hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung, der Perspektiven von Arbeitslosigkeit und Armut wenig Optimismus, aber verbreiteten Pessimismus gibt.

Nimmt man die Ergebnisse aller in den vorangegangenen Abschnitten behandelten Vorhaben zu Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild:



Es gibt in Deutschland ein »Kartell der sozialen Kälte« wie es Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der PDS im Thüringer Landtag, genannt hat. In der Wirtschaft sind Kartelle verboten, beim Sozialabbau sind sie offenbar erlaubt. Dieses Kartell hat sich formiert aus den Parteien, die den politischen Mainstream in Deutschland repräsentieren und die ihre traditionellen Wurzeln in der alten Bundesrepublik haben. Mit Unterschieden im Detail gehen sie gleichermaßen daran, die Defizite im Staatshaushalt und in den sozialen Sicherungssystemen durch Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich zu beseitigen oder zu verringern. Was dabei herauskommt, hat die zweite Stufe der Steuerreform gezeigt. Der Rückgang bei Körperschafts- und Gewerbesteuer hatte im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr einen Umfang von etwa 30 Milliarden €. Ein erheblicher Teil des Defizits und damit der Neuverschuldung ist somit von diesen Parteien selbst produziert, ein politisches Desaster, das in der veröffentlichten Öffentlichkeit in Deutschland nicht skandalisiert wird. Unbeirrt sind sie weiter dabei, im sozialen Bereich zu kürzen und zu sparen und damit das Lande sozial kälter und kälter zu machen.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Sparen und Kürzen im sozialen Bereich wenig Akzeptanz in der Bevölkerung finden, zwei Drittel der Deutschen lehnen eine derartige Politik ab, Zustimmung findet sich nur bei etwa einem Drittel, knapp drei Prozent haben dazu keine Meinung. In den westlichen Bundesländern sind die Relationen ebenso, in den ostdeutschen Ländern ist die Ablehnung mit 71 Prozent noch größer. Diese mehrheitliche Ablehnung findet sich mit geringen Differenzierungen in allen Bevölkerungsgruppen (siehe Tabelle A5 im Anhang). In den Wählerschaften keiner Partei findet sich für das Kürzen und Sparen im sozialen Bereich eine Mehrheit, die Parteien, die dies betreiben, tun dies gegen Mehrheitsmeinungen in ihren eigenen Umfeldern.

Dann ist natürlich ein Blick darauf interessant, wie sich dieses Meinungsbild im beabsichtigten Wahlverhalten niederschlägt.

Tabelle 5

Saldierte Positionen zu den diversen Vorhaben zu Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich

nach Wahlabsicht

Prozent spaltenweise

	für Kürzen und Sparen	gegen Kürzen und Sparen	keine Meinung
SPD	26,9	16,9	15,1
CDU	29,0	34,5	22,6
B90/G	9,6	7,1	9,4
FDP	3,7	3,1	3,8
PDS	2,3	4,5	
sonstige	3,5	1,9	5,7
weiß nicht	12,4	14,8	32,1
keine	12,6	17,0	11,3

Wie die Ergebnisse zeigen, sind Zusammenhänge kaum zu konstatieren. Von denen, die den Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich zustimmen, wählen Mehrheiten entweder das Lager von SPD und Grünen (27 bzw. 10 Prozent) oder das Lager von CDU/CSU und FDP (29 bzw. 4 Prozent), die PDS wird in dieser Gruppe von nur 2 Prozent genannt. Aber in der Bevölkerungsmehrheit, die sich klar gegen das Kürzen und Sparen im sozialen Bereich positioniert, sind die Relationen nicht grundsätzlich anders. Mehr als 60 Prozent der Deut-

schen insgesamt würden eine der Parteien wählen, die diese Politik der sozialen Kälte betreiben. Allerdings verschieben sich die Relationen. Von den Gegnern der Kürzungs- und Sparpolitik im sozialen Bereich erhält die SPD mit 17 Prozent deutlich weniger Stimmen, die aktuellen Positionsverluste der SPD hängen somit deutlich mit ihrer Sozialpolitik zusammen, die Grünen kommen gegenwärtig günstiger davon. Aber Gewinner sind CDU/CSU, sie erhalten in dieser Gruppe der Ablehnenden 35 Prozent, die FDP kann gegenwärtig von diesen Verschiebungen nicht profitieren, obwohl ihre Politiker nicht müde werden, bei jeder Gelegenheit zu betonen, dass sie die eigentlichen Erfinder der jeweiligen Projekte sind. Die SPD wird gegenwärtig dafür bestraft, dass sie permanent gegen eines ihrer Kernimages verstößt, für soziale Gerechtigkeit einzutreten, und eine Politik zu betreiben, die eigenen Wahlversprechungen und den Erwartungen in der Gesellschaft zunehmend radikal widerspricht. Aber den Zuschlag erhalten CDU/CSU, von denen man erwarten kann, dass sie den neoliberalen Umbau noch gründlicher betreiben werden. Das kann zum einen damit zusammenhängen, dass eine Entscheidung für eine Partei auch eine Entscheidung gegen eine andere ist, zum anderen kann eine Rolle spielen, dass ihr von allen immer noch die meiste wirtschaftspolitische Kompetenz zugesprochen wird. Und vielleicht kommt der Aufschwung dann ja doch ... Dies zu untersuchen war nicht Gegenstand dieser Studie. Ein weiterer wichtiger Zusammenhang wird allerdings bei den Unentschlossenen und Nichtwählern deutlich. Ihre Anteile sind in der Gruppe der Gegner des sozialpolitischen Umbaus deutlich größer, d.h. die Politik der sozialen Kälte erzeugt Verunsicherung und vergrößert Resignation. Die PDS kann mit 4,5 Prozent bei den Gegnern des Sozialabbaus eine größere Akzeptanz erreichen als in der Gesamtheit, aber die Erhöhung des Anteils bleibt bisher gering und verändert nicht grundsätzlich ihre Positionen im politischen Kräfteverhältnis.

Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung lehnen die neoliberalen Umbau-Projekte ab. Die konkreten Erfahrungen mit ihnen »unterwandern« die ansonsten in der Gesellschaft vorherrschenden neoliberalen Deutungsmuster. Bei der Verallgemeinerung jedoch und bezüglich ihrer Orientierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene schlagen diese neoliberalen Deutungsmuster wieder voll zu, und das wirkt sich im politischen Handeln aus, sie orientieren sich insgesamt am herrschenden Mainstream der politischen Eliten. Dieser Widerspruch von

gleichzeitiger Ablehnung der Konkreta der Politik der sozialen Kälte und Akzeptanz ihrer Akteure wird über kurz oder lang nicht bestehen bleiben können, er wird sich nach der einen oder anderen Seite auflösen, entweder in verbreiteter Hinnahme oder stärkerem Protest. Das ist die Stunde von wirklicher Opposition.

Für sozialistische Politik ist dabei zu konstatieren, dass ihre konsequente Ablehnung der neoliberalen Umbaupolitik im sozialen Bereich mit den Positionen einer Mehrheit in der Bevölkerung übereinstimmt. Daraus ergibt sich die Aufgabe, auch weiterhin radikale Opposition zu artikulieren, für sozialen Protest zu stehen und im politischen Raum gesellschaftliche Mehrheitsmeinungen auf sozialpolitischen Politikfeldern zur Sprache zu bringen.

Das ist gegenwärtig nicht nur deswegen nicht ohne Probleme, weil es kurzfristig kaum mit Erfolgsaussichten verbunden ist. Ob die PDS in Koalitionen und Regierungen eintritt und in ihnen bleibt, die Frage steht in der gegenwärtigen Situation ohnehin höchstens auf Länderebene, ist sicher von Fall zu Fall zu entscheiden. Abzuwägen ist vor allem, was mehr Schaden bringen kann. Dabei sollte sich sozialistische Politik allerdings der Gefahr bewusst sein, in den gleichen Rahmenbedingungen agieren zu müssen und mit den gleichen »Sachzwängen« konfrontiert zu werden, wie andere politische Akteure auch. Das kann zur »gestaltungspolitischen Falle« werden, was die neoliberalen Deutungsmuster auch noch bedienen würde. Auf zwei Dinge kann sozialistische Politik beim gegenwärtigen Gang der Dinge in keiner möglichen Situation verzichten: auf Protest und Opposition gegen die Politik der sozialen Kälte, eine gesellschaftskritische Position im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Zustände und auf die Arbeit an alternativen Leitbildern und Zukunftsbildern, also an geistigem Rüstzeug für Gegenhegemonien.

Tabellenanhang

Sample-Übersicht

Meinungen zur Entwicklung der Wirtschaft und der
Arbeitslosigkeit

Meinungen zur Rentenpolitik

Meinungen zur Gesundheitspolitik

Meinungen zu Steuern und Subventionen

Tabelle A1
Sample-Übersicht
 Prozent zeilenweise

	West	Ost	Gesamt
N	5.512	1.337	6.549
Prozent	79,6	20,4	
<i>Geschlecht</i>			
Frauen	52,2	52,4	52,2
Männer	47,8	47,6	47,8
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25 Jahre	13,8	15,8	14,2
25 - 39 Jahre	24,5	23,8	24,3
40 - 54 Jahre	25,8	26,2	25,9
55 - 69 Jahre	21,1	21,8	21,2
über 70 Jahre	14,8	12,4	14,3
<i>Schulabschluss</i>			
Volks o. Lehre	8,5	5,4	7,9
Volks m. Lehre	39,1	38,0	38,9
Mittlere Reife	32,3	30,8	32,0
Abitur	8,6	8,8	8,6
Studium	6,1	9,7	6,8
noch Schüler	5,3	7,3	5,7
<i>Erwerbsstatus</i>			
berufstätig	51,2	53,0	51,6
nicht berufst.	48,8	47,0	48,4
<i>Wahlabsicht</i>			
SPD	20,3	14,7	19,2
CDU	33,9	29,4	32,5
B90/G	8,4	5,3	7,8
FDP	3,9	3,3	3,8
PDS	1,2	11,2	3,7
rechte	1,4	2,8	1,7
sonstige	1,0	0,9	1,0
weiß nicht	14,1	13,1	13,7
keine	15,8	19,3	16,7

Tabelle A2.1

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten ...

Prozent zeilenweise

West

	verbessern	nicht verändern	verschlech- tern	k.A.
<i>Gesamt</i>	15,4	59,3	24,6	0,7
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	14,3	64,3	21,0	0,5
Männer	16,6	53,9	28,5	1,0
<i>Altersgruppen</i>				
unter 25 Jahre	16,0	72,0	8,0	4,0
25 - 39 Jahre	10,5	62,9	25,7	1,0
40 - 54 Jahre	16,7	52,8	30,6	
55 - 69 Jahre	15,0	58,8	26,3	
über 70 Jahre	23,0	54,1	23,0	
<i>Schulabschluss</i>				
Volks o. Lehre	20,5	41,0	38,5	
Volks m. Lehre	14,6	60,5	24,8	
Mittlere Reife	8,6	66,4	24,2	0,8
Abitur	22,2	55,6	22,2	
Studium	32,3	48,4	19,4	
noch Schüler	19,0	61,9	9,5	9,5
<i>Erwerbsstatus</i>				
berufstätig	15,5	60,4	23,7	0,5
nicht berufst.	15,4	57,9	25,6	1,0
<i>Wahlabsicht</i>				
SPD	11,2	68,5	20,2	
CDU	10,6	55,3	34,0	
B90/G	25,8	64,5	6,5	3,2
FDP	9,1	72,7	18,2	
PDS	16,7	66,7	16,7	
rechte			100,0	
sonstige			100,0	
weiß nicht	28,8	62,7	5,1	3,4
keine	18,2	50,0	31,8	

Tabelle A2.2

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten ...

Prozent zeilenweise

Ost

	verbessern	nicht verändern	verschlech- tern	k.A.
<i>Gesamt</i>	11,5	52,9	35,6	
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	5,5	58,2	36,4	
Männer	18,4	46,9	34,7	
<i>Altersgruppen</i>				
unter 25 Jahre	12,5	37,5	50,0	
25 - 39 Jahre	8,0	36,0	56,0	
40 - 54 Jahre	18,8	43,8	37,5	
55 - 69 Jahre	14,3	81,0	4,8	
über 70 Jahre		81,8	18,2	
<i>Schulabschluss</i>				
Volks o. Lehre	12,5	25,0	62,5	
Volks m. Lehre	14,3	54,3	31,4	
Mittlere Reife	12,1	57,6	30,3	
Abitur		63,6	36,4	
Studium	11,1	66,7	22,2	
noch Schüler	22,2	22,2	55,6	
<i>Erwerbsstatus</i>				
berufstätig	9,3	48,1	42,6	
nicht berufst.	14,0	58,0	28,0	
<i>Wahlabsicht</i>				
SPD	28,6	50,0	21,4	
CDU	13,9	52,8	33,3	
B90/G	33,3		66,7	
FDP	20,0	40,0	40,0	
PDS		40,0	60,0	
sonstige			100,0	
rechte		100,0		
weiß nicht	8,3	66,7	25,0	
keine		42,9	57,1	

Tabelle A3.1

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in den nächsten Monaten...

Prozent zeilenweise

West

	vergrößern	nicht verändern	verringern	k.A.
<i>Gesamt</i>	60,8	31,3	7,2	0,7
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	59,2	34,1	5,7	0,9
Männer	62,5	28,1	8,9	0,5
<i>Altersgruppen</i>				
unter 25 Jahre	61,3	25,8	12,9	
25 - 39 Jahre	76,9	20,9	1,1	1,1
40 - 54 Jahre	66,3	25,0	7,7	1,0
55 - 69 Jahre	54,1	36,5	8,2	1,2
über 70 Jahre	35,0	56,7	8,3	
<i>Schulabschluss</i>				
Volks o. Lehre	57,1	20,0	22,9	
Volks m. Lehre	60,1	31,6	7,6	0,6
Mittlere Reife	62,0	33,3	4,7	
Abitur	64,1	33,3	2,6	
Studium	47,6	33,3	14,3	4,8
noch Schüler	71,4	28,6		
<i>Erwerbsstatus</i>				
berufstätig	71,2	22,0	5,9	1,0
nicht berufst.	49,5	41,4	8,6	0,5
<i>Wahlabsicht</i>				
SPD	42,0	40,7	17,3	
CDU	61,4	32,3	4,7	1,6
B90/G	51,4	42,9	5,7	
FDP	68,8	31,3		
PDS	50,0	50,0		
rechte	100,0			
sonstige	100,0			
weiß nicht	73,5	20,4	6,1	
keine	69,3	25,3	5,3	

Tabelle A3.2

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in den nächsten Monaten...

Prozent zeilenweise

Ost

	vergrößern	nicht verändern	verringern	k.A.
<i>Gesamt</i>	71,2	25,0	1,9	1,9
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	72,2	27,8		
Männer	70,0	22,0	4,0	4,0
<i>Altersgruppen</i>				
unter 25 Jahre	75,0	25,0		
25 - 39 Jahre	73,1	19,2	7,7	
40 - 54 Jahre	68,2	31,8		
55 - 69 Jahre	77,8	22,2		
über 70 Jahre	53,8	30,8		15,4
<i>Schulabschluss</i>				
Volks o. Lehre	100,0			
Volks m. Lehre	73,2	22,0	4,9	
Mittlere Reife	70,6	23,5		5,9
Abitur	57,1	42,9		
Studium	70,0	30,0		
noch Schüler	66,7	33,3		
<i>Erwerbsstatus</i>				
berufstätig	73,2	23,2	3,6	
nicht berufst.	68,8	27,1		4,2
<i>Wahlabsicht</i>				
SPD	55,6	37,0	7,4	
CDU	77,8	16,7		5,6
B90/G	50,0	50,0		
FDP	100,0			
PDS	83,3	16,7		
sonstige				
rechte	100,0			
weiß nicht	73,3	26,7		
keine	64,3	35,7		

Tabelle A4.1

Wie sollen die Löcher in den Rentenkassen gestopft werden? Durch ...

Prozent zeilenweise

West

	Beitrags- erhöhungen	Leistungs- kürzungen	k.A.
Gesamt	35,8	43,9	20,3
Geschlecht			
Frauen	36,2	39,6	24,2
Männer	35,4	48,4	16,1
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	48,1	38,5	13,5
25 - 39 Jahre	30,4	48,0	21,6
40 - 54 Jahre	32,1	51,9	16,0
55 - 69 Jahre	43,2	38,3	18,5
�ber 70 Jahre	28,8	35,6	35,6
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	32,5	50,0	17,5
Volks m. Lehre	28,3	44,7	27,0
Mittlere Reife	38,9	44,4	16,7
Abitur	45,7	40,0	14,3
Studium	39,1	43,5	17,4
noch Schüler	54,5	31,8	13,6
Erwerbsstatus			
berufstätig	34,1	45,4	20,5
nicht berufst.	37,4	42,6	20,0
Wahlabsicht			
SPD	38,9	48,6	12,5
CDU	31,5	45,2	23,4
B90/G	27,6	62,1	10,3
FDP	38,5	50,0	11,5
PDS	20,0		80,0
rechte		100,0	
sonstige	22,2	77,8	
weiß nicht	44,6	26,2	29,2
keine	37,7	39,3	23,0

Tabelle A4.2

Wie sollen die Löcher in den Rentenkassen gestopft werden? Durch ...
 Prozent zeilenweise

Ost

	Beitrags- erhöhungen	Leistungs- kürzungen	k.A.
Gesamt	39,2	43,1	17,6
Geschlecht			
Frauen	36,4	49,1	14,5
Männer	42,6	36,2	21,3
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	53,3	26,7	20,0
25 - 39 Jahre	48,0	48,0	4,0
40 - 54 Jahre	36,7	40,0	23,3
55 - 69 Jahre	21,1	68,4	10,5
�ber 70 Jahre	41,7	25,0	33,3
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	40,0	60,0	
Volks m. Lehre	39,5	36,8	23,7
Mittlere Reife	44,1	41,2	14,7
Abitur		100,0	
Studium	26,7	53,3	20,0
noch Schüler	80,0		20,0
Erwerbsstatus			
berufstätig	38,9	44,4	16,7
nicht berufst.	39,6	41,7	18,8
Wahlabsicht			
SPD	42,9	50,0	7,1
CDU	32,4	62,2	5,4
B90/G	40,0	60,0	
FDP	50,0		50,0
PDS	25,0	25,0	50,0
sonstige	100,0		
rechte		100,0	
weiß nicht	38,9	16,7	44,4
keine	50,0	33,3	16,7

Tabelle A5.1

Sind Sie für oder gegen eine schrittweise Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre?

Prozent zeilenweise

West

	dafür	dagegen	k.A.
Gesamt	19,4	78,9	1,7
Geschlecht			
Frauen	18,6	80,5	1,0
Männer	20,3	77,1	2,6
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	16,1	83,9	
25 - 39 Jahre	26,1	73,9	
40 - 54 Jahre	17,3	82,7	
55 - 69 Jahre	13,1	84,5	2,4
über 70 Jahre	25,0	66,7	8,3
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	11,4	88,6	
Volks m. Lehre	13,3	82,9	3,8
Mittlere Reife	19,4	80,6	
Abitur	40,0	57,5	2,5
Studium	28,6	66,7	4,8
noch Schüler	30,0	70,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	19,5	80,0	0,5
nicht berufst.	19,6	76,9	3,5
Wahlabsicht			
SPD	19,5	78,0	2,4
CDU	22,0	76,4	1,6
B90/G	25,7	71,4	2,9
FDP	60,0	40,0	
PDS		100,0	
rechte		100,0	
sonstige	33,3	66,7	
weiß nicht	20,0	76,0	4,0
keine	6,7	93,3	

Tabelle A5.2

Sind Sie für oder gegen eine schrittweise Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre?

Prozent zeilenweise

Ost

	dafür	dagegen	k.A.
Gesamt	4,9	95,1	
Geschlecht			
Frauen	3,7	96,3	
Männer	6,1	93,9	
Altersgruppen			
unter 25 Jahre		100,0	
25 - 39 Jahre	7,7	92,3	
40 - 54 Jahre	4,5	95,5	
55 - 69 Jahre	7,4	92,6	
über 70 Jahre		100,0	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre		100,0	
Volks m. Lehre		100,0	
Mittlere Reife	6,1	93,9	
Abitur		100,0	
Studium	18,2	81,8	
noch Schüler		100,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	5,4	94,6	
nicht berufst.	4,2	95,8	
Wahlabsicht			
SPD		100,0	
CDU	8,6	91,4	
B90/G		100,0	
FDP		100,0	
PDS		100,0	
sonstige		100,0	
rechte	6,3	93,8	
weiß nicht		100,0	
keine			

Tabelle A6.1

Fänden Sie es richtig oder nicht richtig, wenn es im kommenden Jahr keine Erhöhung der Rentenbezüge geben würde, um so eine Erhöhung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung zu vermeiden?

Prozent zeilenweise

West

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	48,6	48,6	2,7
Geschlecht			
Frauen	45,9	51,2	2,9
Männer	51,5	45,9	2,6
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	50,0	42,0	8,0
25 - 39 Jahre	53,8	44,2	1,9
40 - 54 Jahre	43,5	52,8	3,7
55 - 69 Jahre	45,0	53,8	1,3
über 70 Jahre	51,7	48,3	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	48,7	51,3	
Volks m. Lehre	48,4	49,0	2,5
Mittlere Reife	41,9	56,6	1,6
Abitur	63,0	37,0	
Studium	71,0	22,6	6,5
noch Schüler	40,0	40,0	20,0
Erwerbsstatus			
berufstätig	51,2	45,9	2,9
nicht berufst.	45,9	51,5	2,6
Wahlabsicht			
SPD	53,4	46,6	
CDU	56,0	44,0	
B90/G	61,3	29,0	9,7
FDP	58,3	41,7	
PDS		100,0	
rechte	14,3	85,7	
sonstige		100,0	
weiß nicht	34,5	62,1	3,4
keine	39,5	55,8	4,7

Tabelle A6.2

Fänden Sie es richtig oder nicht richtig, wenn es im kommenden Jahr keine Erhöhung der Rentenbezüge geben würde, um so eine Erhöhung des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung zu vermeiden?

Prozent zeilenweise

Ost

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	52,9	44,2	2,9
Geschlecht			
Frauen	49,1	47,3	3,6
Männer	57,1	40,8	2,0
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	73,3	26,7	
25 - 39 Jahre	54,2	41,7	4,2
40 - 54 Jahre	62,5	31,3	6,3
55 - 69 Jahre	40,0	60,0	
über 70 Jahre	16,7	83,3	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	57,1	28,6	14,3
Volks m. Lehre	44,1	50,0	5,9
Mittlere Reife	45,5	54,5	
Abitur	83,3	16,7	
Studium	44,4	55,6	
noch Schüler	66,7	33,3	
Erwerbsstatus			
berufstätig	51,9	44,4	3,7
nicht berufst.	52,0	46,0	2,0
Wahlabsicht			
SPD	73,3	20,0	6,7
CDU	57,1	40,0	2,9
B90/G	100,0		
FDP	80,0	20,0	
PDS	20,0	80,0	
sonstige		100,0	
rechte	100,0		
weiß nicht	39,1	56,5	4,3
keine	28,6	71,4	

Tabelle A7.1

Wird der Staat auch zukünftig in der Lage sein, die Renten für nachfolgende Generationen zu sichern?

Prozent zeilenweise

West

	glaube ich	glaube ich nicht	k.A.
<i>Gesamt</i>	27,9	69,9	2,2
<i>Geschlecht</i>			
Frauen	24,3	73,5	2,1
Männer	31,7	66,0	2,3
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25 Jahre	22,5	77,5	
25 - 39 Jahre	19,3	78,7	2,0
40 - 54 Jahre	27,3	70,3	2,4
55 - 69 Jahre	37,6	58,2	4,1
über 70 Jahre	34,2	64,2	1,7
<i>Schulabschluss</i>			
Volks o. Lehre	26,0	74,0	
Volks m. Lehre	30,0	66,7	3,4
Mittlere Reife	14,9	82,6	2,5
Abitur	39,3	60,7	
Studium	53,7	44,4	1,9
noch Schüler	54,1	45,9	
<i>Erwerbsstatus</i>			
berufstätig	23,7	74,6	1,7
nicht berufst.	32,3	64,6	3,1
<i>Wahlabsicht</i>			
SPD	47,8	46,1	6,1
CDU	23,6	74,6	1,8
B90/G	35,1	64,9	
FDP	38,1	61,9	
PDS	30,8	69,2	
rechte		100,0	
sonstige	66,7	33,3	
weiß nicht	17,9	79,5	2,6
keine	26,2	70,9	2,8

Tabelle A7.2

Wird der Staat auch zukünftig in der Lage sein, die Renten für nachfolgende Generationen zu sichern?

Prozent zeilenweise

Ost

	glaube ich	glaube ich nicht	k.A.
<i>Gesamt</i>	14,7	84,8	0,5
<i>Geschlecht</i>			
Frauen	10,3	89,7	
Männer	19,6	79,4	1,0
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25 Jahre	18,2	81,8	
25 - 39 Jahre		100,0	
40 - 54 Jahre	9,8	90,2	
55 - 69 Jahre	22,7	75,0	2,3
über 70 Jahre	32,0	68,0	
<i>Schulabschluss</i>			
Volks o. Lehre	66,7	33,3	
Volks m. Lehre	14,8	85,2	
Mittlere Reife	4,3	95,7	
Abitur		94,4	5,6
Studium	23,8	76,2	
noch Schüler	15,0	85,0	
<i>Erwerbsstatus</i>			
berufstätig	11,7	87,4	1,0
nicht berufst.	18,0	82,0	
<i>Wahlabsicht</i>			
SPD	60,7	35,7	3,6
CDU	7,7	92,3	
B90/G	18,8	81,3	
FDP		100,0	
PDS	14,3	85,7	
rechte		100,0	
sonstige		100,0	
weiß nicht	10,9	89,1	
keine	3,8	96,2	

Tabelle A8.1

Wird es durch die Einschnitte bei den Rentenbezügen vermehrt zu Altersarmut kommen?

Prozent zeilenweise

West

	ja	nein	k.A.
Gesamt	82,8	16,8	0,5
Geschlecht			
Frauen	84,8	14,8	0,5
Männer	80,5	18,9	0,5
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	76,7	21,7	1,7
25 - 39 Jahre	87,2	12,8	
40 - 54 Jahre	82,9	17,1	
55 - 69 Jahre	83,3	16,7	
über 70 Jahre	82,5	17,5	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	89,3	10,7	
Volks m. Lehre	84,8	15,2	
Mittlere Reife	86,2	13,8	
Abitur	81,1	18,9	
Studium	69,6	30,4	
noch Schüler	60,9	34,8	4,3
Erwerbsstatus			
berufstätig	84,5	15,5	
nicht berufst.	81,3	18,1	0,5
Wahlabsicht			
SPD	80,7	19,3	
CDU	81,2	18,1	0,7
B90/G	80,6	19,4	
FDP	71,4	28,6	
PDS	100,0		
rechte	100,0		
sonstige	100,0		
weiß nicht	83,7	16,3	
keine	90,3	9,7	

Tabelle A8.2

Wird es durch die Einschnitte bei den Rentenbezügen vermehrt zu Altersarmut kommen?

Prozent zeilenweise

Ost

	ja	nein	k.A.
Gesamt	87,3	12,7	
Geschlecht			
Frauen	90,6	9,4	
Männer	83,7	16,3	
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	82,4	17,6	
25 - 39 Jahre	86,4	13,6	
40 - 54 Jahre	89,3	10,7	
55 - 69 Jahre	85,0	15,0	
über 70 Jahre	93,3	6,7	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	77,8	22,2	
Volks m. Lehre	90,9	9,1	
Mittlere Reife	91,9	8,1	
Abitur	75,0	25,0	
Studium	88,9	11,1	
noch Schüler	66,7	33,3	
Erwerbsstatus			
berufstätig	87,0	13,0	
nicht berufst.	85,7	14,3	
Wahlabsicht			
SPD	54,5	45,5	
CDU	82,6	17,4	
B90/G	100,0		
FDP	75,0	25,0	
PDS	100,0		
rechte	100,0		
sonstige	100,0		
weiß nicht	83,3	16,7	
keine	97,3	2,7	

Tabelle A9.1

**Ich halte die jetzt von Bundestag und Bundesrat beschlossene
Gesundheitsreform im Großen und Ganzen für ...**

Prozent zeilenweise

West

	gut	nicht gut	k.A.
Gesamt	26,1	71,1	2,7
Geschlecht			
Frauen	26,7	70,0	3,3
Männer	25,5	72,4	2,1
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	20,8	77,4	1,9
25 - 39 Jahre	17,8	79,2	3,0
40 - 54 Jahre	18,8	81,3	
55 - 69 Jahre	23,1	73,6	3,3
über 70 Jahre	60,0	33,3	6,7
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	33,3	66,7	
Volks m. Lehre	24,4	73,2	2,4
Mittlere Reife	24,4	71,0	4,6
Abitur	35,5	64,5	
Studium	38,5	61,5	
noch Schüler	16,7	83,3	
Erwerbsstatus			
berufstätig	18,8	79,7	1,5
nicht berufst.	33,3	63,1	3,5
Wahlabsicht			
SPD	45,2	50,5	4,3
CDU	25,4	72,1	2,5
B90/G	34,5	58,6	6,9
FDP	29,6	70,4	
PDS	20,0	80,0	
rechte	12,5	87,5	
sonstige			
weiß nicht	6,3	93,8	
keine	14,8	83,3	1,9

Tabelle A9.2

**Ich halte die jetzt von Bundestag und Bundesrat beschlossene
Gesundheitsreform im Großen und Ganzen für ...**

Prozent zeilenweise

Ost

	gut	nicht gut	k.A.
Gesamt	17,6	80,4	2,0
Geschlecht			
Frauen	17,0	83,0	
Männer	18,4	77,6	4,1
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	23,5	70,6	5,9
25 - 39 Jahre	16,7	83,3	
40 - 54 Jahre	33,3	66,7	
55 - 69 Jahre	8,3	87,5	4,2
über 70 Jahre		100,0	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	20,0	60,0	20,0
Volks m. Lehre	11,9	88,1	
Mittlere Reife	16,1	80,6	3,2
Abitur	10,0	90,0	
Studium	11,1	88,9	
noch Schüler	80,0	20,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	20,7	75,9	3,4
nicht berufst.	13,0	84,8	2,2
Wahlabsicht			
SPD	42,9	57,1	
CDU	3,1	93,8	3,1
B90/G	21,4	78,6	
FDP	42,9	57,1	
PDS		100,0	
rechte			100,0
sonstige			
weiß nicht	7,7	92,3	
keine	6,7	93,3	

Tabelle A10.1

**Wenn bei der gesetzlichen Krankenversicherung künftig sogenannte
Kopfpauschalen eingeführt werden, so dass alle Versicherten, unabhängig
von ihrem Einkommen, monatlich einen einheitlichen
Krankenkassenbeitrag von 264 Euro bezahlen, das fände ich ...**

Prozent zeilenweise

West

	gut	nicht gut	k.A.
Gesamt	22,3	75,2	2,5
Geschlecht			
Frauen	26,5	71,1	2,4
Männer	17,7	79,7	2,6
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	22,2	76,2	1,6
25 - 39 Jahre	30,8	65,9	3,3
40 - 54 Jahre	26,9	71,2	1,9
55 - 69 Jahre	14,1	84,7	1,2
über 70 Jahre	13,3	80,0	6,7
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	28,6	71,4	
Volks m. Lehre	25,9	71,5	2,5
Mittlere Reife	18,0	81,3	0,8
Abitur	22,5	72,5	5,0
Studium	19,0	66,7	14,3
noch Schüler	10,0	90,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	25,9	72,2	2,0
nicht berufst.	18,7	78,3	3,0
Wahlabsicht			
SPD	31,7	67,1	1,2
CDU	21,4	77,0	1,6
B90/G	11,8	85,3	2,9
FDP	40,0	60,0	
PDS	50,0	50,0	
rechte	66,7	33,3	
sonstige	66,7	33,3	
weiß nicht	17,6	72,5	9,8
keine	14,7	84,0	1,3

Tabelle A10.2

**Wenn bei der gesetzlichen Krankenversicherung künftig sogenannte
Kopfpauschalen eingeführt werden, so dass alle Versicherten, unabhängig
von ihrem Einkommen, monatlich einen einheitlichen
Krankenkassenbeitrag von 264 Euro bezahlen, das fände ich ...**

Prozent zeilenweise

Ost

	gut	nicht gut	k.A.
Gesamt	21,4	78,6	
Geschlecht			
Frauen	25,9	74,1	
Männer	16,3	83,7	
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	25,0	75,0	
25 - 39 Jahre	26,9	73,1	
40 - 54 Jahre	18,2	81,8	
55 - 69 Jahre	14,8	85,2	
über 70 Jahre	23,1	76,9	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	33,3	66,7	
Volks m. Lehre	12,5	87,5	
Mittlere Reife	12,1	87,9	
Abitur	71,4	28,6	
Studium	20,0	80,0	
noch Schüler	44,4	55,6	
Erwerbsstatus			
berufstätig	16,1	83,9	
nicht berufst.	29,2	70,8	
Wahlabsicht			
SPD	30,8	69,2	
CDU	17,1	82,9	
B90/G		100,0	
FDP		100,0	
PDS	60,0	40,0	
rechte		100,0	
sonstige			
weiß nicht	6,7	93,3	
keine	28,6	71,4	

Tabelle A11.1

Meinungen zu: Kinderlose Arbeitnehmer sollten generell höhere Sozialversicherungsbeiträge bezahlen als Arbeitnehmer mit Kindern.

Prozent zeilenweise

West

	ja	nein	k.A.
Gesamt	53,3	45,3	1,5
Geschlecht			
Frauen	50,2	47,8	1,9
Männer	56,5	42,4	1,0
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	55,9	42,4	1,7
25 - 39 Jahre	55,3	44,7	
40 - 54 Jahre	51,4	46,7	1,9
55 - 69 Jahre	54,1	44,7	1,2
über 70 Jahre	49,1	47,4	3,5
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	58,6	31,0	10,3
Volks m. Lehre	44,5	54,9	0,6
Mittlere Reife	58,5	40,7	0,8
Abitur	72,2	27,8	
Studium	50,0	45,8	4,2
noch Schüler	52,2	43,5	4,3
Erwerbsstatus			
berufstätig	48,5	50,0	1,5
nicht berufst.	57,7	40,2	2,1
Wahlabsicht			
SPD	55,1	41,6	3,4
CDU	60,1	38,4	1,4
B90/G	44,4	52,8	2,8
FDP	50,0	50,0	
PDS	75,0	25,0	
rechte	100,0		
sonstige	50,0	50,0	
weiß nicht	36,7	61,2	2,0
keine	51,6	48,4	

Tabelle A11.2

Meinungen zu: Kinderlose Arbeitnehmer sollten generell höhere Sozialversicherungsbeiträge bezahlen als Arbeitnehmer mit Kindern.

Prozent zeilenweise

Ost

	ja	nein	k.A.
Gesamt	43,7	53,4	2,9
Geschlecht			
Frauen	47,2	49,1	3,8
Männer	40,0	58,0	2,0
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	52,9	41,2	5,9
25 - 39 Jahre	27,3	72,7	
40 - 54 Jahre	32,1	64,3	3,6
55 - 69 Jahre	60,0	35,0	5,0
über 70 Jahre	53,3	46,7	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	77,8	11,1	11,1
Volks m. Lehre	23,5	76,5	
Mittlere Reife	54,1	45,9	
Abitur	25,0	50,0	25,0
Studium	37,5	62,5	
noch Schüler	71,4	28,6	
Erwerbsstatus			
berufstätig	31,5	66,7	1,9
nicht berufst.	56,0	40,0	4,0
Wahlabsicht			
SPD	45,5	54,5	
CDU	43,5	56,5	
B90/G	25,0	75,0	
FDP	50,0	50,0	
PDS	83,3		16,7
rechte		100,0	
sonstige		100,0	
weiß nicht	50,0	50,0	
keine	39,5	57,9	2,6

Tabelle A12.1

**Angesichts der Finanzlage des Staates sämtliche Subventionen wie
Eigenheimzulage, Kilometerpauschale, Steinkohle, Werften,
Landwirtschaft um etwa 4 % zu kürzen, halte ich für ...**

Prozent zeilenweise

West

	richtig	falsch	k.A.
<i>Gesamt</i>	44,9	51,9	3,3
<i>Geschlecht</i>			
Frauen	34,1	62,0	3,8
Männer	56,5	40,8	2,6
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25 Jahre	44,2	51,9	3,8
25 - 39 Jahre	31,7	64,4	4,0
40 - 54 Jahre	36,2	61,9	1,9
55 - 69 Jahre	61,7	32,1	6,2
über 70 Jahre	60,0	38,3	1,7
<i>Schulabschluss</i>			
Volks o. Lehre	34,1	63,4	2,4
Volks m. Lehre	36,8	58,6	4,6
Mittlere Reife	47,6	50,8	1,6
Abitur	65,7	31,4	2,9
Studium	77,3	18,2	4,5
noch Schüler	40,9	54,5	4,5
<i>Erwerbsstatus</i>			
berufstätig	35,3	61,3	3,4
nicht berufst.	54,9	42,1	3,1
<i>Wahlabsicht</i>			
SPD	55,6	44,4	
CDU	37,9	58,9	3,2
B90/G	51,7	48,3	
FDP	68,0	32,0	
PDS	20,0	80,0	
rechte		100,0	
sonstige	88,9		11,1
weiß nicht	31,3	56,3	12,5
keine	48,3	50,0	1,7

Tabelle A12.2

**Angesichts der Finanzlage des Staates sämtliche Subventionen wie
Eigenheimzulage, Kilometerpauschale, Steinkohle, Werften,
Landwirtschaft um etwa 4 % zu kürzen, halte ich für ...**

Prozent zeilenweise

Ost

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	33,3	58,8	7,8
Geschlecht			
Frauen	18,5	74,1	7,4
Männer	50,0	41,7	8,3
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	33,3	66,7	
25 - 39 Jahre	32,0	60,0	8,0
40 - 54 Jahre	22,6	74,2	3,2
55 - 69 Jahre	47,4	52,6	
über 70 Jahre	41,7	16,7	41,7
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	31,6	57,9	10,5
Volks m. Lehre	32,4	55,9	11,8
Mittlere Reife	50,0	50,0	
Abitur	42,9	57,1	
Studium	20,0	80,0	
noch Schüler			
Erwerbsstatus			
berufstätig	21,8	72,7	5,5
nicht berufst.	45,8	43,8	10,4
Wahlabsicht			
SPD	21,4	57,1	21,4
CDU	51,4	40,5	8,1
B90/G	40,0	60,0	
FDP		100,0	
PDS		66,7	33,3
rechte		100,0	
sonstige		100,0	
weiß nicht	21,1	73,7	5,3
keine	33,3	66,7	

Tabelle A13.1

Ich halte die geplante Kürzung der Pendlerpauschale auf 15 Cent pro km für...

Prozent zeilenweise

West

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	25,9	69,6	4,5
Geschlecht			
Frauen	21,6	74,0	4,3
Männer	30,5	64,7	4,7
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	31,0	62,1	6,9
25 - 39 Jahre	25,3	74,7	
40 - 54 Jahre	22,1	74,7	3,2
55 - 69 Jahre	22,0	74,7	3,3
über 70 Jahre	35,0	51,7	13,3
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	34,3	62,9	2,9
Volks m. Lehre	15,6	78,2	6,1
Mittlere Reife	24,8	72,2	3,0
Abitur	33,3	59,5	7,1
Studium	47,4	52,6	
noch Schüler	54,2	41,7	4,2
Erwerbsstatus			
berufstätig	20,8	77,2	2,0
nicht berufst.	31,5	61,4	7,1
Wahlabsicht			
SPD	36,7	59,5	3,8
CDU	16,0	80,9	3,1
B90/G	40,0	57,1	2,9
FDP	20,0	80,0	
PDS	42,9	57,1	
rechte		100,0	
sonstige	36,4	45,5	18,2
weiß nicht	23,7	66,1	10,2
keine	25,9	72,4	1,7

Tabelle A13.2

Ich halte die geplante Kürzung der Pendlerpauschale auf 15 Cent pro km für...

Prozent zeilenweise

Ost

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	12,7	86,3	1,0
Geschlecht			
Frauen	11,3	86,8	1,9
Männer	14,3	85,7	
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	21,1	78,9	
25 - 39 Jahre	13,6	86,4	
40 - 54 Jahre	11,1	88,9	
55 - 69 Jahre	8,7	82,6	8,7
über 70 Jahre		100,0	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre		100,0	
Volks m. Lehre	11,6	86,0	2,3
Mittlere Reife	14,3	85,7	
Abitur	25,0	75,0	
Studium	20,0	80,0	
noch Schüler		100,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	17,9	82,1	
nicht berufst.	4,3	91,3	4,3
Wahlabsicht			
SPD	9,1	90,9	
CDU	6,1	93,9	
B90/G	14,3	85,7	
FDP		83,3	16,7
PDS	14,3	85,7	
rechte		100,0	
sonstige		100,0	
weiß nicht	35,7	64,3	
keine	16,7	83,3	

Tabelle A14.1

Dass Steuersünder in Zukunft straffrei bleiben sollen, wenn sie ihr illegal auf die Seite gebrachtes Schwarzgeld nachträglich versteuern, halte ich für

...

Prozent zeilenweise

West

	richtig	falsch	k.A.
<i>Gesamt</i>	39,0	60,5	0,5
<i>Geschlecht</i>			
Frauen	45,2	54,3	0,5
Männer	32,1	67,4	0,5
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25 Jahre	20,8	79,2	
25 - 39 Jahre	47,0	52,0	1,0
40 - 54 Jahre	50,0	50,0	
55 - 69 Jahre	37,0	62,0	1,1
über 70 Jahre	27,1	72,9	
<i>Schulabschluss</i>			
Volks o. Lehre	65,0	35,0	
Volks m. Lehre	37,1	62,9	
Mittlere Reife	40,0	59,2	0,8
Abitur	29,0	71,0	
Studium	40,7	59,3	
noch Schüler	37,5	62,5	
<i>Erwerbsstatus</i>			
berufstätig	43,6	55,4	1,0
nicht berufst.	34,3	65,7	
<i>Wahlabsicht</i>			
SPD	33,7	66,3	
CDU	38,5	61,5	
B90/G	62,1	37,9	
FDP	44,4	55,6	
PDS	40,0	60,0	
rechte	18,8	81,3	
sonstige			
weiß nicht	36,2	63,8	
keine	40,7	59,3	

Tabelle A14.2

Dass Steuersünder in Zukunft straffrei bleiben sollen, wenn sie ihr illegal auf die Seite gebrachtes Schwarzgeld nachträglich versteuern, halte ich für

...

Prozent zeilenweise

Ost

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	35,3	63,7	1,0
Geschlecht			
Frauen	41,5	56,6	1,9
Männer	28,6	71,4	
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	58,8	41,2	
25 - 39 Jahre	40,0	56,0	4,0
40 - 54 Jahre	29,2	70,8	
55 - 69 Jahre	40,0	60,0	
über 70 Jahre		100,0	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	20,0	80,0	
Volks m. Lehre	32,6	67,4	
Mittlere Reife	41,9	54,8	3,2
Abitur	45,5	54,5	
Studium	11,1	88,9	
noch Schüler	80,0	20,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	36,8	61,4	1,8
nicht berufst.	35,6	64,4	
Wahlabsicht			
SPD	50,0	50,0	
CDU	28,1	71,9	
B90/G	26,7	73,3	
FDP	28,6	71,4	
PDS	50,0	50,0	
rechte	100,0		
sonstige			
weiß nicht	46,2	46,2	7,7
keine	46,7	53,3	

Tabelle A15.1

**Bei der geplanten Erhöhung der Tabaksteuer um 4,5 Cent pro Zigarette,
um so gewisse Aspekte der Gesundheitsreform zu finanzieren, bin ich ...**

Prozent zeilenweise

West

	dafür	dagegen	k.A.
Gesamt	60,0	38,3	1,7
Geschlecht			
Frauen	56,6	40,1	3,3
Männer	63,7	36,3	
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	54,4	45,6	
25 - 39 Jahre	48,4	51,6	
40 - 54 Jahre	60,8	35,3	3,9
55 - 69 Jahre	67,0	33,0	
über 70 Jahre	72,9	23,7	3,4
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	50,0	50,0	
Volks m. Lehre	58,8	40,0	1,3
Mittlere Reife	60,7	36,1	3,3
Abitur	58,8	41,2	
Studium	80,0	20,0	
noch Schüler	62,5	37,5	
Erwerbsstatus			
berufstätig	53,9	46,1	
nicht berufst.	66,2	30,3	3,5
Wahlabsicht			
SPD	67,1	32,9	
CDU	58,4	41,6	
B90/G	75,0	25,0	
FDP	30,0	70,0	
PDS		100,0	
rechte	77,8	22,2	
sonstige	75,0	25,0	
weiß nicht	62,9	30,6	6,5
keine	47,4	49,1	3,5

Tabelle A15.2

**Bei der geplanten Erhöhung der Tabaksteuer um 4,5 Cent pro Zigarette,
um so gewisse Aspekte der Gesundheitsreform zu finanzieren, bin ich ...**

Prozent zeilenweise

Ost

	dafür	dagegen	k.A.
Gesamt	59,2	38,8	1,9
Geschlecht			
Frauen	47,1	52,9	
Männer	71,2	25,0	3,8
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	37,5	62,5	
25 - 39 Jahre	72,0	28,0	
40 - 54 Jahre	59,1	40,9	
55 - 69 Jahre	53,8	38,5	7,7
über 70 Jahre	69,2	30,8	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre	37,5	62,5	
Volks m. Lehre	65,6	34,4	
Mittlere Reife	48,7	46,2	5,1
Abitur	85,7	14,3	
Studium	76,9	23,1	
noch Schüler	40,0	60,0	
Erwerbsstatus			
berufstätig	57,1	39,3	3,6
nicht berufst.	61,7	38,3	
Wahlabsicht			
SPD	44,4	55,6	
CDU	69,0	24,1	6,9
B90/G	100,0		
FDP	100,0		
PDS	60,0	40,0	
rechte		100,0	
sonstige	33,3	66,7	
weiß nicht	65,0	35,0	
keine			

Tabelle A16.1

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um die erwarteten Steuerausfälle im Bundeshaushalt auszugleichen, halte ich für ...

Prozent zeilenweise

West

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	18,0	80,5	1,5
Geschlecht			
Frauen	15,4	83,7	1,0
Männer	20,9	77,0	2,1
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	7,1	92,9	
25 - 39 Jahre	9,1	89,9	1,0
40 - 54 Jahre	20,8	79,2	
55 - 69 Jahre	25,9	74,1	
über 70 Jahre	28,8	64,4	6,8
Schulabschluss			
Volks o. Lehre		100,0	
Volks m. Lehre	21,7	75,8	2,5
Mittlere Reife	20,3	78,9	0,8
Abitur	16,2	83,8	
Studium	22,7	72,7	4,5
noch Schüler	4,8	95,2	
Erwerbsstatus			
berufstätig	16,7	82,8	0,5
nicht berufst.	19,8	77,7	2,5
Wahlabsicht			
SPD	18,2	80,5	1,3
CDU	17,8	82,2	
B90/G	29,6	66,7	3,7
FDP	18,8	68,8	12,5
PDS		100,0	
rechte	100,0		
sonstige		100,0	
weiß nicht	18,3	78,3	3,3
keine	14,3	85,7	

Tabelle A16.2

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um die erwarteten Steuerausfälle im Bundeshaushalt auszugleichen, halte ich für ...

Prozent zeilenweise

Ost

	richtig	falsch	k.A.
Gesamt	3,9	94,1	2,0
Geschlecht			
Frauen	1,9	98,1	
Männer	6,3	89,6	4,2
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	7,1	85,7	7,1
25 - 39 Jahre	4,0	96,0	
40 - 54 Jahre	3,7	92,6	3,7
55 - 69 Jahre		100,0	
über 70 Jahre	7,1	92,9	
Schulabschluss			
Volks o. Lehre		100	
Volks m. Lehre	4,7	95,3	
Mittlere Reife		93,9	6,1
Abitur		100,0	
Studium	16,7	83,3	
noch Schüler	12,5	87,5	
Erwerbsstatus			
berufstätig	5,2	91,4	3,4
nicht berufst.	4,4	95,6	
Wahlabsicht			
SPD		100,0	
CDU	6,9	89,7	
B90/G	14,3	85,7	
FDP		100,0	
PDS	8,3	91,7	
rechte			
sonstige		100,0	
weiß nicht		100,0	
keine		100,0	

Tabelle A17

Saldierte Positionen zu den diversen Vorhaben zu Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich

Prozent zeilenweise

	für Kürzen und Sparen	gegen Kürzen und Sparen	keine Meinung
<i>Gesamt</i>	32,4	65,1	2,6
<i>West</i>	33,6	63,6	2,8
<i>Ost</i>	27,4	70,9	1,7
<i>Geschlecht</i>			
Frauen	31,4	65,9	2,8
Männer	33,4	64,2	2,4
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25 Jahre	30,9	66,8	2,3
25 - 39 Jahre	30,7	68,1	1,3
40 - 54 Jahre	31,8	66,1	2,0
55 - 69 Jahre	29,6	67,8	2,6
über 70 Jahre	41,7	52,1	6,3
<i>Schulabschluss</i>			
Volks o. Lehre	33,3	64,7	2,0
Volks m. Lehre	29,8	67,5	2,7
Mittlere Reife	30,1	67,1	2,8
Abitur	37,7	59,6	2,7
Studium	44,2	52,7	3,1
noch Schüler	39,1	60,0	0,9
<i>Erwerbsstatus</i>			
berufstätig	29,4	69,1	1,5
nicht berufst.	35,5	60,8	3,7
<i>Wahlabsicht</i>			
Prozent spaltenweise			
SPD	26,9	16,9	15,1
CDU	29,0	34,5	22,6
B90/G	9,6	7,1	9,4
FDP	3,7	3,1	3,8
PDS	2,3	4,5	
rechte	1,9	1,0	1,9
sonstige	1,6	0,9	3,8
weiß nicht	12,4	14,8	32,1
keine	12,6	17,0	11,3